

Der Schritt nach vorn.

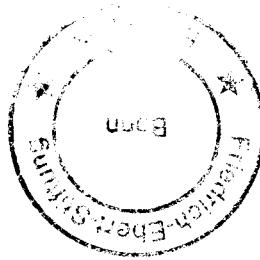
**Das Regierungsprogramm 1991 – 1996
der SPD für Rheinland-Pfalz**

-385

Wir in Rheinland-Pfalz



200



C91-385

Herausgeber: SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Klarastraße 15A, 6500 Mainz
Verantwortlich: Kurt Beck
Gestaltung: PLOOG Kommunikation
Druck: Union-Druckerei

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

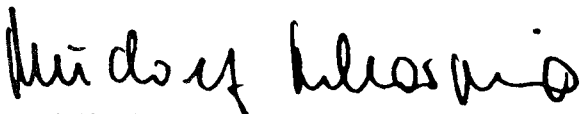
am 21. April findet in Rheinland-Pfalz eine wichtige Landtagswahl statt. Wichtig für unser Land, wichtig auch für die SPD. Wir wollen stärkste Partei werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß wir die Regierungsverantwortung übernehmen können. Wir wollen, daß die Politik in Rheinland-Pfalz menschlicher, bürgernäher, umweltbewußter und effizienter wird.

Am 2. 3. 1991 haben wir auf unserem Mainzer Parteitag das vorliegende Regierungsprogramm verabschiedet. Dieses Programm ist das Ergebnis einer lebendigen Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD. Es ist ein realistisches Programm. Es ist vor allen Dingen ein Programm, das nicht am grünen Tisch entstanden ist. Über ein Jahr haben wir es mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern besprochen. Wir haben es innerhalb der Partei diskutiert und nicht zuletzt – auch dies war ja ein Element eines neuen Weges – auf einem eigens einberufenen Kleinen Parteitag intensiv besprochen. Ich möchte allen, die mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön sagen. Denn dieses Programm bedeutet den Schritt nach vorn für Rheinland-Pfalz. Es ist realistisch und zukunftsweisend zugleich, und es setzt klare Prioritäten: für eine menschliche, bürgernahe, umweltbewußte und effiziente Politik.

Personell spiegelt sich dieses Programm in unserem Regierungsteam und unseren Kandidatinnen und Kandidaten wider. Unser Team findet in der Öffentlichkeit große Beachtung, weil es kompetent und bürgernah ist. Wir gehen mit Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkampf, die Rheinland-Pfalz und seine Bürgerinnen und Bürger genau kennen.

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Rheinland-Pfalz braucht eine solide, klare und ruhige Führung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Schritt nach vorn für Rheinland-Pfalz.

Ihr



Rudolf Scharping



Inhaltsverzeichnis

Wir in Rheinland-Pfalz	Seite 5
Unser Land blüht auf	Seite 6
Der wirtschaftliche Fortschritt hat einen Namen	Seite 8
Abrüstung und Arbeitsplätze	Seite 10
Verkehrspolitik für das nächste Jahrtausend	Seite 12
Wir setzen für Frauen gleiche Rechte durch	Seite 13
Solidarität sichert Individualität	Seite 14
Kinder brauchen Platz im Leben	Seite 15
Bezahlbar und gesund wohnen	Seite 16
Jugendliche fordern Glaubwürdigkeit	Seite 17
Bildung ist ein Aktivposten	Seite 18
Hochschullandschaft Rheinland-Pfalz	Seite 20
Für ein kulturell weltoffenes Rheinland-Pfalz	Seite 21
Lebensbejahende Politik für ältere und alte Menschen	Seite 23
Gesundheit geht uns alle an	Seite 25
Umweltschutz ist Friedenspolitik	Seite 26
Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum	Seite 28
Verbraucher brauchen Schutz	Seite 30
Wein und Landschaft werben für Rheinland-Pfalz	Seite 31
Wälder schützen Leben	Seite 32
Das Land profitiert von aktiven Bürgerinnen und Bürgern	Seite 33
Vereine stärken und fördern	Seite 33
Mehr Demokratie durch mehr Mitbestimmung	Seite 34
Abgaben – die zweite Miete von morgen?	Seite 35
Menschen- und Bürgerrechte müssen ausgebaut und besser geschützt werden	Seite 36
Die Entwicklung in Deutschland und Europa	Seite 38
Stichwortverzeichnis	Seite 39



Wir in Rheinland-Pfalz

Wir sind jung und haben eine ganze Menge Ideen. Um unser Leben so zu verwirklichen, wie wir es uns vorstellen, brauchen wir persönliche Freiräume und eine gute Ausbildung. Daß wir für konsequenten Umweltschutz sind, ist klar. Denn was heute versäumt wird, belastet uns morgen. Wir wollen, daß Deutschland die europäische Einigung voranbringt und den Ländern in Mittel- und Osteuropa beim Aufbau demokratischer Strukturen hilft. Wir sind für Abrüstung. Und wir fühlen uns gegenüber den benachteiligten Ländern der Erde verantwortlich.

Wir stehen im Berufsleben und wollen, daß unser Arbeitsplatz auch morgen noch sicher ist. Berufstätig zu sein, ist nach unserer Auffassung ein Recht, das Frauen und Männern gleichermaßen zusteht. Wir wollen, daß Familien- und Erwerbsarbeit neu bewertet werden. Wer sich für eine Familienzeit zu Hause entscheidet, egal ob Mann oder Frau, muß auch die Chance haben, an einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren. Wir wollen ein gut erreichbares Angebot an Kindergarten- und Hortplätzen, damit wir unsere Vorstellung von Familie verwirklichen können. Und wir brauchen vor allem bezahlbare Wohnungen in einer lebenswerten Umwelt.

Wir haben gerade das Rentenalter erreicht oder sind schon einige Jahre darüber. Wir Älteren wollen auf unsere Weise und mit unseren Erfahrungen an der Gesellschaft teilhaben. Wir wünschen uns vielfältige Begegnungsformen von jung und alt, um aktiv und gesund zu bleiben. Menschenwürde ist für uns kein leeres Wort. Auch wenn Krankheit und Gebrechlichkeit eine dauerhafte Pflege erforderlich machen, wollen wir, daß unsere Persönlichkeit geachtet wird. Dazu gehört ganz wesentlich die materielle Absicherung. Dazu zählt aber auch, daß wir in einer Umgebung leben können, die uns gefällt. Weil wir ein Recht auf Lebensfreude und Geborgenheit haben.

So vielfältig die Landschaften von Rheinland-Pfalz sind, so vielfältig sind auch die Menschen, ihre Wünsche, Hoffnungen und Sorgen.

Wir rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten, Frauen und Männer, nehmen diese Wünsche, Hoffnungen und Sorgen ernst, weil wir die Menschen ernst nehmen. Die Zeit ist reif für den Schritt nach vorn mit der SPD Rheinland-Pfalz.

Unsere Volkspartei steht für Bürgernähe, für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. Sicherung und Aufbau von Arbeitsplätzen und der Schutz der Umwelt gehören in einer modernen Politik zusammen. Deshalb treten wir für den ökologischen Fortschritt ein.

Gezielte Wirtschaftspolitik, Förderung von Weinbau, Landwirtschaft und Fremdenverkehr und nicht zuletzt aktive Hilfe beim Strukturwandel bisher militärisch geprägter und benachteiligter Regionen werden unserem Land Aufschwung bringen.

Wir Sozialdemokraten schaffen für unser Land Perspektiven mit Zukunft. Haushaltsmittel sind nicht beliebig vermehrbar. Gerade deshalb muß Politik Prioritäten setzen. Die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung belastet viele Menschen mit großen sozialen Ungerechtigkeiten und schränkt die finanziellen Möglichkeiten des Landes und der Gemeinden unverantwortlich ein. Also werden wir uns im Bundesrat für eine entschlossene Kurskorrektur im Sinne sozialer Gerechtigkeit und finanzpolitischer Solidität einsetzen.

Politik muß Ziele stecken, mit deren Verwirklichung wir heute anfangen.

Unser Land blüht auf

Rheinland-Pfalz wird sich verändern. Die Richtung geben wir alle an. Die großen menschlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufgaben, die in Deutschland zu bewältigen sind, der weitreichende Abrüstungsprozeß und die europäische Einigung werden sich auch auf Rheinland-Pfalz auswirken. Deshalb braucht unser Land eine Politik mit Zukunft.

Wirtschaft und Umweltschutz müssen schon an der Wurzel verbunden werden. Es ist machbar, daß Eltern ohne Überforderung Beruf und Familie verbinden. Dazu brauchen sie ein gutes Angebot an Kindergärten, Krippen, Horten und Ganztagschulen. Soziale Gerechtigkeit bis ins hohe Alter ist möglich. Gleichberechtigung von Frau und Mann am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft darf keine leere Formel bleiben. Kinder, Jugendliche und alte Menschen gehören endlich in den Blickpunkt unserer Gesellschaft.

Auf diese Aufgaben sind wir vorbereitet. Wir wollen, daß Frauen und Männer gleichermaßen das Leben unseres Landes prägen. Die Ziele der Frauenbewegung haben längst Einzug in alle gesellschaftliche Gruppen gehalten. Dennoch werden Frauen noch immer benachteiligt. Die rheinland-pfälzischen Frauen brauchen keine Modellversuche mehr. Sie brauchen eine konkrete, frauenfreundliche Politik in allen Lebensbereichen.

Eine Wirtschaftspolitik, die zukunftsorientiert ist, muß eine umweltfreundliche Infrastruktur ausbauen und den Betrieben sichere Grundlagen für ihre Entwicklung schaffen. Das geht weit über das hinaus, was bisher in Rheinland-Pfalz getan wurde. Gerade kleine und mittlere Betriebe haben einen erheblichen Investitions- und Informationsbedarf. Deshalb muß das Beratungsangebot dringend ausgebaut werden. Für die Unternehmen, die schon da sind und diejenigen, die zu uns kommen wollen. Denn wir brauchen neue Unternehmen, um die Folgen des Truppenabzugs aufzufangen.

Rheinland-Pfalz kann endlich die militärischen Lasten verringern. Über 40 Jahre haben wir große Belastungen getragen. Manöver, Tiefflug, verheerende Flugzeugabstürze, Giftgaslager und zahlreiche Beinahe-Flug-Katastrophen belegen dies.

In unserem Land hängen jedoch tausende Arbeitsplätze direkt oder indirekt von den Streitkräften ab. Die Menschen in den militärisch geprägten Regionen wollen wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Unsere Antwort lautet: Arbeitsplätze und Abrüstung. Bund, Land, NATO und die Europäische Gemeinschaft müssen die wirtschaftliche Neuorientierung des Landes fördern.

Wir wollen verhindern, daß die Menschen aus den militärisch belasteten und strukturschwachen Regionen abwandern, weil sie in ihrer Heimat keine Arbeit mehr finden. Arbeitsplätze gehören dorthin, wo die Menschen leben. Es ist sozial, wirtschaftlich und ökologisch nicht sinnvoll, immer mehr Menschen in Ballungszentren anzusiedeln oder zum weiträumigen Pendeln zu zwingen.

Eine lebensnahe Politik zeigt sich an der Fähigkeit, unterschiedliche Bedingungen zu berücksichtigen. Das gilt gerade in der Umwelt- und Verkehrspolitik. Energiesparen muß sich einfach lohnen. Die Erfolge einer solchen Umweltpolitik stellen sich dann sehr schnell ein. Wir wollen eine Steuer- und Abgabenpolitik, die Kosten gerecht verteilt. Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland. Viele Männer und Frauen fahren große Strecken, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Der Ausbau eines flexiblen öffentlichen Verkehrssystems, die finanzielle Begünstigung von Fahrgemeinschaften und eine angemessene Fernpendlerpauschale sind Eckpfeiler unserer Verkehrs- und Umweltpolitik.

Gefahren und Nutzen neuer Technologien sind schwer abwägbar. Dazu bedarf es eines offenen und vorurteilsfreien Dialogs aller. Da wir mehr Bürgerbeteiligung wollen, sind wir auch bei der Einführung neuer Großtechnologien für mehr Mitbestimmung. Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie in Rheinland-Pfalz, weil niemand ernsthaft erklären kann, das sogenannte Restrisiko der Kernenergie sei kalkulierbar. Dies gilt ebenso für die Endlagerung von Atommüll.

Rheinland-Pfalz ist wegen seiner landschaftlichen Schönheit ein beliebtes Urlaubsland. Dazu tragen auch Landwirtschaft und Weinbau bei. Auch hier stehen wir vor großen Aufgaben. Unsere Landwirte können den Wettstreit mit den Agrarfabriken Europas nur verlieren, weil unsere kleinräumige Landwirtschaft völlig andere Bedingungen aufweist. Unsere Landwirte werden jedoch auf Dauer gewinnen,

wenn sie gesunde und naturnah angebaute Qualitätsprodukte anbieten und dafür den angemessenen Preis erhalten. Qualität setzt sich auch im Weinbau durch. Zu Recht werden die Verbraucher immer kritischer. Sie sehen heute den Zusammenhang zwischen gesunder Landschaft und gesundem Trinkwasser, wirtschaftlich soliden Familienbetrieben und gesunden Lebensmitteln. Wir werden diesen Weg konsequent unterstützen, ausbauen und fördern.

Der wirtschaftliche Fortschritt hat einen Namen

Rheinland-Pfalz liegt mitten in Europa. Wir können zu einem Zentrum des internationalen Austausches werden. Mit dem Zusammenrücken der Völker in Ost und West wird sich jedoch auch der Wettbewerb verstärken. Um im Wettstreit der Regionen zu bestehen, braucht unser Land ein kompetentes Wirtschafts- und Investitionsmanagement.

Eine moderne Strukturpolitik reagiert nicht nur auf absehbare Veränderungen. Moderne Strukturpolitik ist eine aktive Strukturpolitik, die regionale Entwicklungsprogramme mit Investitions- und Technologieförderung sowie Infrastruktur- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt. Für Unternehmensansiedlungen sind aktuelle Informationen über Absatzmärkte, eine detaillierte Beratung über verfügbare Technologien und Verkehrswege sowie über ökologische Produkte und Produktionsverfahren von zentraler Bedeutung. Informationen über staatliche Förderprogramme, über steuerliche Vergünstigungen und über den Ausbildungsstand von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehören ebenfalls in ein solches Beratungspaket.

Eine leistungsfähige Industrie braucht eine moderne Infrastruktur, um sich entfalten zu können. Neben der Förderung von Unternehmensansiedlungen benötigen bestehende Industriebetriebe aktive Hilfe für Erweiterungen und Umstellungen. Dazu müssen Erweiterungsflächen bereitstehen. Ohne Bürgerbeteiligung einzuschränken, müssen dabei Genehmigungsverfahren gestrafft werden.

Wir sehen in Landes- und Gemeindeunternehmen eine unentbehrliche Grundlage für eine soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft. Mit Hilfe dieser Unternehmen ist es möglich, öffentliche Aufgaben aktiv und zielgerecht zu bewältigen. Die staatlichen und kommunalen Unternehmen im Bereich der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, des Personennahverkehrs, der Flughäfen und Binnenhäfen, Ausstellungen und Messen, Wirtschaftsförderung, Landesbank und Sparkassen, öffentlicher Versicherer, Wohnungswirtschaft, der Krankenhäuser und Staatsbäder, der Studentenwerke und auch im kulturellen Bereich befriedigen Bedürfnisse, die am Markt nicht oder nicht ausreichend gedeckt würden. Diese staatlichen und kommunalen Unternehmen erbringen innovative Leistungen für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Entwicklung.

Wirtschaftsmanagement für die Zukunft von Rheinland-Pfalz läßt sich nicht mit den alten Instrumenten der Wirtschaftspolitik meistern. Nach unserer Auffassung soll deshalb zusammen mit der Landesbank eine Investitionsbank Rheinland-Pfalz geschaffen werden, die Wirtschaftsentwicklung als unternehmerische Aufgabe für die strukturschwachen und meist militärisch hochbelasteten Regionen betreibt. Unter einem Dach werden damit die verschiedenen Fördereinrichtungen zusammengeführt. Eine derartige Bündelung verkürzt Förderwege, stärkt das Know-how und bietet ein attraktives Angebot an Finanzdienstleistungen aus einer Hand.

Eine fortschrittliche Industriepolitik für Rheinland-Pfalz basiert auf ökologischer Forschung und Technologie. Durch Technologieförderung werden Wirtschaftsräume zusammengebunden und gestärkt. Auch hier muß unser Land kräftig aufholen, um den Strukturwandel der Arbeit aktiv und zukunftsorientiert zu gestalten.

Medien nehmen einen immer wichtigeren Platz in unserer Gesellschaft ein. Medienstandorte sind auch Wirtschaftsstandorte. Wir werden daher an einer stärkeren Profilierung der Landeshauptstadt Mainz als einem der großen Medienstandorte mit Zukunft arbeiten.

Denn wir müssen in Rheinland-Pfalz drückende Nachteile aufholen:

Wir wollen die Anbindung an vorhandene, moderne Verkehrsknotenpunkte. Wir wollen den Ausbau und die Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen. Dazu gehören Kommunikationstechnologie, Umwelttechnologie, Entsorgungs- und Verwertungstechnologie. Wir wollen den Aufbau von Logistikzentren, die Nutzung der natürlichen Ressourcen für umweltverträglichen Tourismus sowie den Aufbau von Kongreßzentren. Auch hier soll die Investitionsbank Beratungs- und Finanzierungshilfen geben.

Neben den für Rheinland-Pfalz wichtigen Industrieunternehmen ist unsere Wirtschaft durch Handwerk und mittelständische Betriebe geprägt. Rund 38 000 Handwerksbetriebe bilden mehr als 33 000 junge Menschen aus. 243 000 Frauen und Männer finden hier ihren Arbeitsplatz. Handwerk und Mittelstand

erwirtschaften jährlich rund 27 Milliarden Mark. Diese Betriebe sind in Beschäftigung und Ausbildung unsere starken Trümpfe.

Damit dies so bleibt, muß die Ausstattung mit Eigenkapital bei kleinen und mittleren Unternehmen verbessert werden. Wir befürworten eine bessere Steuerpolitik bei investierten Gewinnen, eine steuerfreie Investitionsrücklage und einen höheren Freibetrag bei der Gewerbesteuer.

Viele Handwerks- und Mittelstandsbetriebe können nur begrenzt rationalisieren. Die Kostenbelastung der lohn- und beschäftigungsintensiven Betriebe nimmt zu. Im Interesse der Betriebe und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treten wir für eine Umgestaltung der Arbeitgeberbeiträge ein. Auch die Erträge aus Maschinenarbeit sollen zur besseren und gerechteren Verteilung der Kostenbelastung herangezogen werden. Dies ist unsere Alternative, um Sozialleistungen zu erhalten und zu ergänzen.

Handwerk und Mittelstand brauchen qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Rheinland-Pfalz fehlt ein Qualifizierungsprogramm für die Beschäftigten, die sich durch den Abbau der Streitkräfte neu orientieren müssen. Die rasche technische Entwicklung macht zudem ständige Weiterbildung notwendig. Wir treten dafür ein, daß Unternehmen, Gewerkschaften und das Land gemeinsam die berufliche Weiterbildung zu einem festen Bestandteil der Arbeit ausbauen.

Bezahlte Bildungszeit ist eine Zukunftsinvestition, weil Weiterbildung den Qualifikationsstandard der Beschäftigten sichert. Wir wollen daher die Zeiten für berufliche wie gesellschaftspolitische Weiterbildung gesetzlich verankern, wobei das Land für kleinere Betriebe die Kosten übernehmen soll.

Die rasche technische Entwicklung ist für Handwerk und Mittelstand eine große Herausforderung. Ohne wirtschaftliche und technische Beratung können sie diesen Wandel nur schwer bewältigen. Wir wollen deshalb den Austausch von Know-how zwischen Universitäten, Hochschulen und Betrieben durch spürbare Hilfen des Landes fördern.

Die großen Aufgaben in den neuen Bundesländern und die politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa verändern auch die Landespolitik. Wir stellen uns der Herausforderung, am Aufbau der neuen Bundesländer mitzuwirken, um die Einheit Deutschlands mit Leben zu erfüllen. Für eine Übergangszeit von fünf Jahren wollen wir daher in den Hauptstädten der fünf neuen Länder Rheinland-Pfalz-Büros einrichten, die Kontakte zwischen Betrieben herstellen und Hilfestellung bei der Entwicklung wirtschaftlicher Vorhaben leisten.

Abrüstung und Arbeitsplätze

Europa wächst zusammen. Ost und West stehen sich nicht mehr als Bedrohung gegenüber. Wir leben wieder in einem gemeinsamen Land. Die Nachkriegsepoche, die Deutschland und Europa teilte, ist zu Ende. Die Streitkräfte bereiten einen Abbau ihrer Truppen auch aus Rheinland-Pfalz vor.

Jetzt müssen wir darauf achten, daß alle Regionen und Bundesländer die gleiche Aufmerksamkeit erhalten. Dies gilt insbesondere für die benachteiligten Regionen, die schon heute schlechtere Chancen haben. Der Abzug von Militär darf nicht dazu führen, daß die betroffenen Regionen wirtschaftliche Nachteile erleiden.

Weil Rheinland-Pfalz im besonderen Maße militärische Lasten für alle getragen hat, fordern wir Sozialdemokraten Strukturhilfemittel von Bund, Ländern, Mitgliedsstaaten der NATO und der Europäischen Gemeinschaft. Um militärische in zivile Arbeitsplätze umzuwandeln, müssen Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände, Körperschaften, Umwelt- und Berufsverbände, Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam handeln. Es muß verstärkt in unser Land investiert werden, um die Nachteile aus der 40jährigen Militärlast aufzuholen.

Wir fordern, daß für die Beschäftigten bei den Streitkräften die gleichen sozialen Schutzrechte gelten wie für alle anderen Arbeitnehmer. Dazu ist die Herstellung eines gleichen Arbeitsrechts, eines gleichen Tarifrechts und eines gleichen Rechts zum Abschluß von Sozialplänen in ganz Deutschland erforderlich. Den Betroffenen soll eine Weiterbeschäftigung – wo nötig vorübergehend auch in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften etwa nach dem saarländischen Stahlstiftungsmodell – gesichert werden.

Die dazu notwendigen Verhandlungen, insbesondere mit den Alliierten zur Änderung des NATO-Truppenstatus und seiner Zusatzabkommen, sind von der Bundesregierung unverzüglich einzuleiten. Eine unterschiedliche Behandlung der Beschäftigten, wie sie sich derzeit aus den genannten Verträgen und aus dem Einigungsvertrag ergibt, ist nicht hinnehmbar.

Die betroffenen Gemeinden und Regionen brauchen neue Entwicklungschancen. Die militärischen Liegenschaften müssen den Gemeinden als Grundlage für eine zukunftsorientierte Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Unter Beteiligung der Kommunen sollten daher entsprechende Grundstücks-Verwertungsgesellschaften gegründet werden.

Die militärischen Liegenschaften sind den Gemeinden in den Fällen kostenlos und frei von Altlasten zu überlassen, in denen diese Liegenschaften für die Ansiedlung von Betrieben, zum Bau von Wohnungen, für Einrichtungen des Fremdenverkehrs oder für den Naturschutz genutzt werden. Die Bundeshaushaltsordnung ist entsprechend zu ändern.

Freiwerdende Liegenschaften sollen vollständig geräumt werden. Entsprechende Standorte dürfen nicht lediglich ausgedünnt oder für künftige militärische Verwendungen zurückgehalten werden. Sie müssen für zivile Zwecke zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sind den betroffenen Gemeinden Hilfen zur Verfügung zu stellen, damit der Verlust einer teilweise erheblichen Zahl von Einwohnern nicht zu höheren Lasten für die verbleibende Einwohnerschaft führt.

Die Streitkräfte haben bisher in erheblichem Umfang durch Löhne und Gehälter sowie Aufträge für das örtliche Handwerk und die Bauwirtschaft zum Bruttosozialprodukt der betroffenen Regionen beigetragen. Ein Umbau dieser Regionen kann nur erfolgreich gelingen, wenn gezielt öffentliche Mittel und Aufträge in diese Regionen geleitet werden. Die Streitkräfte haben ihre Planungen rechtzeitig bekanntzugeben.

Bisher überwiegend für die Streitkräfte tätige Betriebe sollen für eine Übergangszeit steuerliche Präferenzen erhalten, wenn diese Betriebe konkrete Konzepte zur Umstellung ihrer Produktion vorlegen.

Wir wollen keine neuen militärischen Anlagen in Rheinland-Pfalz.

Die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher Regionen ist ein vordringliches Anliegen unserer Politik. Vor allem müssen vorhandene Unternehmen gestärkt werden. So muß zum Beispiel die westpfälzische Schuhindustrie ähnlich der Initiative Ruhr, mit der Nordrhein-Westfalen die Bergbaukrise bewältigt hat, gesichert werden.

Rheinland-Pfalz braucht eine Verbesserung der Verkehrswege durch Modernisierung der Ost-West- sowie Nord-Süd-Verbindungen und die Umwandlung zumindest eines Militärflughafens in einen zivilen Flugplatz.

Drohende Arbeitsplatzverluste können nur aufgefangen werden, wenn sich auch neue Betriebe in unserem Land ansiedeln. Wir unterstützen die Ansiedlung durch spezielle Landesprogramme. Staatliche Förderbürokratie wird den kommenden Aufgaben nicht gerecht. Deshalb wollen wir eine Investitionsbank Rheinland-Pfalz, die auf die Vorzüge des Landes aufmerksam macht: Zentrale Lage in Europa, günstige Flächen sowie motivierte und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Außerdem wollen wir, daß sich der öffentliche Dienst verstärkt dem Strukturwandel stellt und bisher bei den Streitkräften Beschäftigte einstellt.

Um freiwerdende militärische Flächen für die Wirtschaftsentwicklung nutzen zu können, müssen Altlasten zügig beseitigt werden. Auch hier können, finanziert durch Bund und NATO, Arbeitsplätze geschaffen werden.

Verkehrspolitik für das nächste Jahrtausend

Mobilität und Umweltschutz sind die tragenden Pfeiler unserer Verkehrspolitik. Der Ausbau des umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs steht für uns an erster Stelle. Wir wollen, daß energiesparende und umweltschonende Verkehrsmittel gefördert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Auch unter neuen Rahmenbedingungen bleibt das Auto in den ländlichen Räumen ein wichtiges Verkehrsmittel.

Es darf aber nicht länger so sein, daß das Auto in den ländlichen Regionen das Verkehrsmittel ist. Ein fortschrittliches Verkehrskonzept muß den Individualverkehr durch ein flexibles Nahverkehrsangebot mit Bahn, Bus und Sammeltaxen ergänzen. Unser Ziel ist die Anbindung jedes Ortes an den öffentlichen Personennahverkehr. Fahrplanausdünnungen und Streckenstillegungen untergraben diese Verkehrspolitik.

In zahlreichen Orten leidet die Lebensqualität seit Jahren durch einen ungehemmten Strom von Fahrzeugen, durch Lärm und Abgase und durch Staus. Wir müssen deshalb den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen. Für Bundesautobahnen werden keine Landesmittel eingesetzt.

Der Ausbau unseres Straßenverkehrsnetzes ist im großen und ganzen abgeschlossen. Vorrang im Straßenbau haben Entschärfung von Engpässen und Unfallschwerpunkten, Ortsumgehungen, Verkehrsleit- und Straßenmanagementsysteme, Lärmschutz, menschen- und umweltgerechte Straßengestaltung sowie Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten. Dabei ist eine Abwägung mit den Interessen des Landschaftsschutzes zu treffen. Wir werden ein überregionales Fahrradwegenetz schaffen.

In den Ballungsgebieten ist der Verkehrsfarkt an der Tagesordnung. Wir werden deshalb Umsteigeangebote, Park & Ride, regionale Verkehrsverbünde, bevorrechtigte Fahrspuren für Busse, Taxis und Fahrräder fördern.

Umweltfreundliche Mobilität heißt auch Mobilität über die Landesgrenzen hinaus. Wir fordern deshalb den Anschluß von Rheinland-Pfalz an das europäische Schienennetz. Der Güterverkehr muß verstärkt auf die Schiene verlagert werden. Wir wehren uns gegen den Abbau von Verlade- und Tarifpunkten. Steuern und Abgaben sowie die Förderung der Bahn durch die öffentliche Hand müssen diesen Umsteuerungsprozeß voranbringen.

Wir setzen für Frauen gleiche Rechte durch

Wir geben der Frauenpolitik in Rheinland-Pfalz einen neuen Stellenwert. Dazu richten wir ein Frauenministerium ein, das an allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt wird.

Viele Frauen sind in der Arbeitswelt immer noch benachteiligt. Frauenarbeit darf nicht gegen den Willen der Betroffenen auf Teilzeitarbeit beschränkt werden. Aber auch Teilzeitbeschäftigte müssen Aufstiegschancen haben. Mädchen soll der Zugang zu gewerblich-technischen Berufen erleichtert werden. Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung schaden insbesondere Frauen. Grundsätzlich soll es keine dauerhafte Beschäftigung ohne Sozialversicherung geben. Wir werden keine öffentlichen Aufträge an Firmen vergeben, die diesem Grundsatz nicht entsprechen.

Wir wissen, daß Gewalt gegen Frauen und Kinder kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist. Wir treten deshalb für ein bundeseinheitliches Finanzierungskonzept ein, das Frauenhäuser flächendeckend fördert.

Damit gleiche Chancen auch verwirklicht werden, wollen wir gesetzliche Grundlagen für Gleichstellungsstellen in den Kommunen und öffentlichen Verwaltungen schaffen und ihre Rechte ausbauen. Frauen müssen auch in Betrieben und in der Verwaltung stärker als bisher gefördert werden. Bei Einstellungen und Beförderungen müssen Frauenbeauftragte entsprechend beteiligt werden.

Wir wollen eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, die Leben schützt und Selbstbestimmung wie Eigenverantwortlichkeit der Frau betont. Der Schwangerschaftsabbruch muß deshalb außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden. Wir werden mit wirksamen sozialen Angeboten den Schutz des werdenden Lebens sicherstellen und einen Rechtsanspruch auf konkrete Hilfe verankern. Für Frauen in Konfliktsituationen werden wir plurale, flächendeckende Beratungseinrichtungen anbieten. In Rheinland-Pfalz soll ein Zentrum für Familien- und Eheberatung, Empfängnisregelung, Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung eingerichtet werden.

Wir wenden uns gegen ein soziales Pflichtjahr von Frauen. Mißstände im Pflegebereich dürfen nicht durch eine »Dienstverpflichtung« von Frauen beseitigt werden.

Der Ausbau von Kindergärten, Krippen, Horten und ausreichende Angebote an Ganztagschulen helfen Männern und Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Wir werden daher ein flächendeckendes Angebot schaffen.

Frauenpolitik berührt alle Politikbereiche. Deshalb sind bei allen Themenfeldern unseres Programms Frauen gleichermaßen angesprochen. Dies zeigen wir an zahlreichen Beispielen.

Solidarität sichert Individualität

Unsere Gesellschaft ist differenziert. Facettenreiche und sehr persönliche Entwürfe nehmen in der Lebensplanung einen breiten Raum ein. Die Palette individueller Chancen wird immer größer und unterschiedlicher. Gerade deshalb sind Solidarität und der Ausgleich von Interessen unverzichtbar. Ungerechtigkeit erzeugt Probleme. Soziale Gerechtigkeit hingegen schafft Chancen, eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen.

Trotz der Hochkonjunktur gibt es in Rheinland-Pfalz Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Es fehlen Kindergarten- und Hortplätze sowie Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und Angebote für ältere, alte, kranke und behinderte Menschen.

Auch in unserem Land verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit. Wir sehen in ihr nicht nur ein individuelles Problem, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dieser wirtschaftlichen Fehlentwicklung muß im Rahmen einer »Gemeinschaftsaufgabe Bund, Länder und Gemeinden« begegnet werden. Um Arbeitslosigkeit abzubauen, müssen Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand arbeiten. Eine zielgruppenorientierte, soziale und berufliche Beratung ist notwendig, um Qualifizierungsoffensiven zum Erfolg zu führen.

Die Armut vieler Menschen steht im Widerspruch zum gängigen Bild der Wohlstandsgesellschaft. Immer mehr Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Wir brauchen daher vielfältige Bemühungen im Bildungs- und Ausbildungssystem, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Gesundheitswesen, damit Armut erst gar nicht entsteht. Bei sozial erheblichen Entscheidungen brauchen wir künftig eine Sozialverträglichkeitsprüfung. Sie soll Aufschluß darüber geben, welche Auswirkungen bestimmte Entscheidungen auf die Entfaltung von Lebenschancen, die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und die soziale und materielle Alterssicherung haben.

Der Zustrom an Aussiedlern und hilfeschenden Menschen hält an. Dies führt zu einer Verschärfung der sozialen Probleme. Wir werden für eine sozial gerechte Politik sorgen, die von Solidarität und Augenmaß bestimmt ist.

Staatliches Handeln kann Eigeninitiative nicht ersetzen. Aber das Land muß Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Hilfe zur Selbsthilfe mit den klassischen Angeboten der Sozialpolitik verbindet. Sozial Schwächere bedürfen des Schutzes durch den Staat. Unser Augenmerk gilt insbesondere behinderten und schwerbehinderten Menschen. Sie müssen dieselben Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten wie Nichtbehinderte haben. Die Beschäftigungsquote an Schwerbehinderten muß im Land erfüllt werden. Damit dies auch in der privaten Wirtschaft so ist, muß die Ausgleichsabgabe verdoppelt werden. Ein Behindertenbeauftragter soll die Interessen behinderter Menschen vertreten. Wir wollen, daß die öffentliche Verwaltung eine positive Vorreiterrolle spielt und Behinderte entsprechend der gesetzlichen Regelungen einstellt.

Durch eine Zusammenarbeit von Land, Wohlfahrtsverbänden und Selbsthilfegruppen können Erfahrungen in konkrete Hilfen eingebracht werden. Wir unterstützen freie Träger und Projekte, damit sie ihre Angebote ausbauen können. Private dürfen nicht aus der Not anderer Kapital schlagen.

Kinder brauchen Platz im Leben

Familienpolitik ist mehr als ein soziales Thema. Sie muß wesentlicher Maßstab für alle politischen Entscheidungen sein. Mütter und Väter wissen, wie das Lebensumfeld aussehen muß, damit Kinder gesund aufwachsen können. Sie weisen zu Recht daraufhin, daß es in den Städten kaum noch Plätze zum Spielen gibt. Es fehlt an familienfreundlichem Wohnraum, es fehlen Straßen und Plätze ohne Autos und Abgase, es fehlen Kindergarten- und Hortplätze und es fehlen Arbeitsplätze, die familienorientiert sind. Die ungerechte Lohn-, Einkommens- und Kindergeldpolitik benachteiligt Familien mit Kindern.

Die Familie ist für Eltern und Kinder nach wie vor Ort der Vertrautheit und des Schutzes. Das Familienbild hat sich jedoch grundlegend gewandelt. Frauen und Männer wollen sich heute nicht mehr auf bestimmte Rollen und Verantwortlichkeiten festlegen lassen. Sie suchen nach ihrem ganz persönlichen Lebensstil von Familie. Der Wandel der Gesellschaft spiegelt sich im Wandel der Lebens- und Beziehungsformen. Für uns haben alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtsicherheit. Keine darf diskriminiert werden.

Viele Kinder wachsen heute als Einzelkind oder bei einem alleinerziehenden Elternteil auf. Die Familie ist nicht mehr selbstverständlich der Raum, in dem Kinder ihre sozialen Erfahrungen machen. Junge Eltern und ihre Kinder brauchen ein ausreichendes Angebot an Kindergarten- und Hortplätzen, damit sich Familie und Beruf miteinander vereinbaren lassen.

Wir verankern für jedes Kind ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Dabei erkennen wir auch neue und flexible Formen von Kindergruppen an. Der Bedarf an Krippen, Hortplätzen und einem ausreichenden Angebot an Ganztagschulen ist groß, weil bisher zu wenig getan wurde. Wir werden ein solches Angebot in den nächsten Jahren ausbauen und mitfinanzieren.

Die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern muß sozial gesichert sein. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die pädagogische Arbeit im Kindergarten größere öffentliche und finanzielle Anerkennung findet. Dazu gehört unter anderem ein verbesserter Personalschlüssel und eine bessere Finanzierung der Ausbildung. Wir werden weitere Verbesserungen für Kinder durchsetzen.

Wir treten für ein einheitliches Kindergeld von mindestens 200 Mark für jedes Kind im Monat ein. Ab dem vierten Kind sollen zusätzlich 100 Mark gezahlt werden. Wir fordern eine dreijährige Kindererziehungszeit mit Arbeitsplatzgarantie. Darüber hinaus wollen wir die familienpolitischen Leistungen des Landes grundsätzlich einkommensabhängig gewähren. Schülerbafög und allgemeine Lernmittelfreiheit sind weitere Grundpfeiler unserer Familienpolitik.

Vielfältige Freizeit- und Bildungsangebote schaffen Freiräume für Kinder und Eltern. Sport, Spiel und Kultur fördern die Entwicklung des einzelnen und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Ganztagschulen müssen lebendige Orte sein, in denen Kinder soziale Begegnung finden.

Kinder brauchen Schutz. Körperliche und seelische Mißhandlung im Kindesalter bleibt ein Leben lang als Trauma haften. Aus Angst und Scham unterlassen es mißhandelte Kinder meist, Hilfe zu suchen. Wir wollen daher ein Beratungsangebot auf- und ausbauen, das Kinder und Jugendliche im Vertrauen darauf nutzen können, daß ohne ihre Zustimmung nichts an die Familie oder an öffentliche Träger weitergegeben wird. Wir wollen schützende und pädagogisch betreute Wohnungen für Kinder, die mißhandelt wurden. Wir setzen uns für Erziehungs- und Freizeitformen ein, in denen Jungen und Mädchen ohne Rollenzwang aufwachsen können.

Bezahlbar und gesund wohnen

Der Anspruch auf ein Umfeld, in dem Kinder gesund aufwachsen können, ist für viele Familien längst zur Utopie geworden. Durch die verfehlte Wohnungsbaupolitik sind viele Familien heute froh, wenn sie überhaupt eine bezahlbare Wohnung finden. Es wächst die Zahl derjenigen, die durch Wohnungsnot, überhöhte Mietpreise und mangelnde staatliche Hilfe zu Obdachlosen werden. In den Ballungsgebieten, also dort, wo die großen Arbeitsstätten liegen, sieht die Lage katastrophal aus.

Wohnungsnot trifft vor allem Jugendliche, Behinderte, kinderreiche Familien und sozial Schwache. Der soziale Wohnungsbau muß daher unverzüglich verstärkt werden. Wir wollen ein soziales Mietrecht und keine dauernden Mietpreissteigerungen.

Wir fordern die Einrichtung und Förderung von Wohngruppen für behinderte Mitbürger mit der Möglichkeit ambulanter Betreuung, um ihnen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Wir fordern, daß der Bund seine Direktförderung aufstockt und die Wohngeldtabelle an die gestiegenen Mieten anpaßt. Die fiktiven Mieten der Wohngeldtabelle erreichen heute oft nicht einmal 50 Prozent der tatsächlich zu zahlenden Mieten. Dies gilt insbesondere für Ballungsräume.

Die steuerliche Förderung des Eigenheimbaus muß zielgruppengerechter werden. Dabei sind vor allem sogenannte Mittelverdiener stärker zu fördern. Außerdem muß das Bau-Kindergeld auf 1200 Mark jährlich aufgestockt werden. In der Wohneigentumsförderung ist ein für alle Einkommen gleicher Abzug von der Steuerschuld erforderlich. Es muß genügend Bauland erschlossen und bereitgehalten werden.

Wir begrüßen und fördern flächensparendes Bauen auch bei Eigenheimen, die konsequente Schließung von Baulücken auch durch Baugebote und die Sanierung von Altbauten. Gerade in den Ballungsgebieten, wo das Bauen und Modernisieren teurer ist als auf dem Land, geht von der öffentlichen Förderung der Altbausanierung eine mietpreisdämpfende Wirkung aus. Ohne Sanierungsförderungsmittel des Bundes und des Landes käme es in den Städten mit hohen Wohnungsdefiziten überwiegend zu Luxussanierungen, die mit einer Vertreibung der sozial schwachen Mieter aus innerstädtischen Wohngebieten verbunden wäre. Wir werden die Wohnungsbaudarlehen im öffentlichen Dienst wieder einführen, die von der CDU-Landesregierung Anfang der 80er Jahre abgeschafft wurden.

Jugendliche fordern Glaubwürdigkeit

Politik muß die Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Entwicklung junger Menschen schaffen. Sie muß Mitbestimmungsmöglichkeiten erschließen, damit Demokratie erfahrbar wird.

Das Leben von Kindern und Jugendlichen wird auch von der Altersstruktur unserer Gesellschaft, von ökonomischen, ökologischen und kulturellen Entwicklungen geprägt. Für Jugendliche besteht mehr als früher die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, über die eigene Lebensgestaltung und einen individuellen Lebensentwurf persönlich zu entscheiden.

Jugendliche spiegeln in besonderer Weise positive und negative Seiten unserer Gesellschaft wider. Junge Menschen wollen sich eigenständig von der Erwachsenenwelt entwickeln, um ihre Persönlichkeit zu entfalten. Junge Menschen sehen und nutzen heute die größeren Freiräume unserer Gesellschaft. Es gibt aber auch zahlreiche Alarmsignale, daß sich junge Menschen von unserer Gesellschaft abwenden.

Junge Menschen brauchen eine gute Ausbildung. Weil Arbeitslosigkeit gerade in der Orientierungsphase schwerwiegende Probleme aufwirft, sind wir für eine Ausbildungsgarantie. Für junge Menschen, die keinen Arbeitsplatz finden, muß daher der Staat eine Vollzeitausbildung anbieten.

Jugend ist heute ein eigenständiger Lebensabschnitt und Orientierungsphase zugleich. Jugendliche und junge Erwachsene können ihr Recht auf eigene Lebens- und Gemeinschaftsformen nur umsetzen, wenn günstiger Wohnraum vorhanden ist. Öffentliche Wohnungsbaumittel sollen deshalb auch so eingesetzt werden, daß Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende einen adäquaten und jugendspezifischen Wohnraum vorfinden.

Jugendliche brauchen mehr politische Mitwirkungsrechte als bisher. Starke Jugendverbände, mehr Mitbestimmung in Schule und Betrieb sowie die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Wir werden eigenständig gestaltete Jugendzentren und Häuser der offenen Tür fördern. Dies gilt vor allem für den ländlichen Raum. Auch kleinere Städte und Verbandsgemeinden brauchen Jugendpfleger, damit die Jugendarbeit wieder einen wichtigen Platz einnimmt.

Verbände und Vereine sind seit Jahren erfolgreich in der Jugendarbeit tätig. Ihr Engagement wollen wir unterstützen. Wir wollen auch unkonventionelle und neue Formen der Begegnung von Jugendlichen stärker als bisher unterstützen. Internationalen Begegnungen von Jugendlichen kommt besondere Bedeutung zu. Da die Jugendkultur eigene Ausdrucksformen schafft, wollen wir entsprechende Jugendfördermittel in den Landeshaushalt einstellen.

Für eine bessere Absicherung der vielfältigen Formen außerschulischer Jugendarbeit wollen wir die Förderung von Jugendbildungsreferenten und -referentinnen ausbauen. Ein Förderprogramm „Jugendarbeit mit Mädchen und jungen Frauen“ soll eine stärkere Beteiligung der Mädchen in der gesamten Jugendarbeit und darüber hinaus unterstützen.

Die Entwicklung von Schule zur Ganztagschule macht es erforderlich, daß Schulträger, Interessenvertretungen von Schülern, Eltern und Lehrern sowie Träger außerschulischer Jugendarbeit Konzepte für neue Formen von offener Schule entwickeln.

Wir werden dafür sorgen, daß eine Jugendbildungsstätte des Landes zu einer Fortbildungseinrichtung erweitert wird. Sie soll Anregungen zur Entwicklung von Jugendarbeit geben sowie Ideen und Modelle in Zusammenarbeit mit Zielgruppen fördern.

Bildung ist ein Aktivposten

Zeitgemäße Bildung fördert die Persönlichkeitsentwicklung und hilft, Entscheidungsfreiräume zu entdecken und zu öffnen, damit jeder seine individuellen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen erkennen und weiterentwickeln kann. Aufgabe der Bildungspolitik ist es, die Rahmenbedingungen für eine optimale Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in unserem Land zu schaffen. Die Bildungsinhalte sind heute jedoch schon in der Schule mit überzogenem Detailwissen überfrachtet. Statt hochspezialisiertem Kurzzeitwissen kann Schule verbundene Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die zum besseren Verständnis von Vergangenheit und Gegenwart beitragen. Ein solches Wissen zeigt Zukunftsperspektiven auf und legt eine solide Basis für kommende Aufgaben in Beruf, Studium und Familie, für soziales Verhalten und Eigenständigkeit im Denken.

Bildungspolitik ist ein originärer Bereich der Landespolitik, den wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder in den Mittelpunkt rücken wollen. Eine volle Lernmittelfreiheit ist Voraussetzung für Chancengleichheit. Deshalb werden wir eine allgemeine Lernmittelfreiheit in Rheinland-Pfalz gesetzlich absichern. Die Förderung von Projektwochen, Schülerzeitungen, Schultheater und Schulmusik sowie Kontakte zu außerschulischen Partnern verschiedener Gesellschaftsbereiche sind weitere wichtige Akzente unserer Schulpolitik.

In einer modernen Schule ist Mitbestimmung der Schüler, Eltern und Lehrer gewollt. Dazu zählt auch, daß das Lehrerkollegium ein Mitspracherecht bei der Auswahl des Schulleiters erhält. Die freie Entscheidung, welche Schulart ihr Kind besuchen soll, gehört in die Hand der Eltern. Kinder sollen bis zum 12. Lebensjahr zusammen in die Schule gehen.

Wir wollen, daß alle Kinder im Grundschulalter während des ganzen Vormittags in der Schule pädagogisch betreut werden. Das Angebot an Ganztagschulen mit einem eigenen pädagogischen Konzept wird von uns nachhaltig verbessert.

Kinder und Jugendliche sollen ihrer Kultur und Tradition nicht entfremdet werden. Wir wollen daher durch vielseitige multikulturelle Angebote schon in der Schule Verständnis und Toleranz fördern.

Wo Eltern dies wünschen, werden wir Gesamtschulen einführen. Wir wollen wohnortnahe, kleine Gesamtschulen, weil sie Bildungschancen länger offenhalten und alle Abschlüsse ermöglichen. Soziales Lernen in Verbindung mit einer individuellen Förderung aller Kinder ist uns wichtig. Gesamtschulen werden als Ganztagschulen angeboten, um auch den Eltern zu helfen, Familie und Beruf zu verbinden.

Schulen mit besonderen organisatorischen und pädagogischen Konzepten wollen wir als Schulversuch anerkennen. Dies gilt insbesondere für solche Schulen, die allgemeine und berufliche Bildung integrieren. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Allgemeinbildenden Schulen umfaßt grundsätzlich auch behinderte Schülerinnen und Schüler. Erfahrungen und Modellversuche zeigen, daß pädagogisch geeignete Formen der gemeinsamen Bildung und Erziehung von Behinderten und Nichtbehinderten für beide Gruppen förderlich sind.

In allen rheinland-pfälzischen Schulen fällt immer noch Unterricht aus. Andererseits finden ausgebildete Pädagogen keinen Arbeitsplatz. Wir werden deshalb als erste Maßnahme sofort 500 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Insbesondere die Berufsschulen brauchen dringend mehr Lehrer und mehr Sachmittel. Die Landesregierung hat die Berufsschulen sträflich vernachlässigt. Angesichts der technischen Herausforderungen und des schnellen Wandels der Berufsfelder und Ausbildungsinhalte ist ein Landessofortprogramm zur Beseitigung dieser Mängel unabdingbar. Wir wollen eine gleich gute informationstechnische Grundausbildung in allen Schularten gewährleisten.

Berufliche Bildung ist qualifizierte Bildung. Wir wollen, daß der erfolgreiche Ausbildungsabschluß nach der Hauptschule mit der Mittleren Reife gleichgestellt wird. Eine Aufwertung der Beruflichen Bildung muß auch dadurch erfolgen, daß dort erzielte Abschlüsse mit entsprechender Berufserfahrung den Zugang zu Fachhochschulen und Hochschulen eröffnen.

Für uns ist Bildung ein ganzheitlicher, lebenslanger Prozeß, der alle Fähigkeiten des Menschen umfaßt. Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung soll der persönlichen wie beruflichen Selbstverwirk-

lichung dienen. Durch den technischen und sozialen Wandel, die Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt und die steigenden Qualifikationsanforderungen wird Weiterbildung für alle Beschäftigten notwendiger denn je. Wir werden die Landeszuschüsse für freie Träger der Weiterbildung erhöhen. Auch die Hochschulen sollen sich an der Fort- und Weiterbildung beteiligen.

Berufsbildende Schulen und Hochschulen haben für die Fort- und Weiterbildung eine besondere Bedeutung.

Wir wollen ein Freistellungsgesetz für berufliche, allgemeine und politische Weiterbildung von mindestens fünf Arbeitstagen pro Jahr.

Hochschullandschaft Rheinland-Pfalz

Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik sind Motoren der Zukunftssicherung. Nach Ergebnissen des Wissenschaftsrates haben aber die rheinland-pfälzischen Hochschulen eine der schlechtesten Grundausstattungen für Forschung und Lehre. Rheinland-Pfalz gibt im Vergleich einen deutlich geringeren Anteil seines Haushaltes für die Hochschulen aus. Bei den Forschungsaufwendungen pro Kopf der Bevölkerung und bei der Forschungsförderung des Bundes gehört Rheinland-Pfalz mit zu den Schlußlichtern.

Wir werden mehr wissenschaftliches Personal einstellen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Frauen muß stärker als bisher eine wissenschaftliche Karriere ermöglicht werden. Die studentische Mitbestimmung und die Beteiligung des wissenschaftlichen Personals soll auf allen Ebenen gestärkt werden.

Frauenforschung muß zu einem selbstverständlichen Bestandteil der wissenschaftlichen Arbeit werden.

Drittmittel sind ein wichtiges Instrument gezielter Forschungsförderung. Sie dürfen aber nicht zur notwendigen Vorbedingung für Forschung und Lehre werden. Vielfalt und Unabhängigkeit könnten sonst gefährdet sein. Forschung und Lehre dürfen nicht von Aufträgen der Wirtschaft abhängig werden.

Die Hochschulen des Landes sind hoffnungslos überfüllt, obwohl der Zugang durch Zulassungsbeschränkungen eingeschränkt ist. Es ist insbesondere auch in strukturschwachen Gebieten notwendig, die Kapazitäten auszubauen, damit Zulassungsbeschränkungen abgebaut werden können.

Wir werden uns für eine Reform des BAFÖGS zugunsten Studierender einsetzen. Die Mehrzahl der Studenten lebt in einer unzumutbaren Situation, die durch Verschlechterung beim BAFÖG und Wohnungsnot gekennzeichnet ist.

Hochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung. Die zunehmende Spezialisierung der Wissensgebiete kann jedoch dazu führen, daß die gesamtgesellschaftliche Verantwortung aus dem Blickfeld gerät und wichtige Erfahrungen aus anderen Wissensbereichen ungenutzt bleiben. Wir wollen einen sinnvollen Verbund von Studien- und Forschungszweigen. Hochspezialisierte Wissenschaften sollen in fachübergreifenden Dialogen zu einer gemeinsamen Sprache finden. Fächerübergreifende Forschungszentren und Lehrveranstaltungen sowie interdisziplinäre Arbeitskreise sollen die Zusammenarbeit von Einzelwissenschaften fördern und umfassende Lösungsansätze entwickeln helfen.

Wir setzen uns für Umwelt- und Friedensforschung, für Forschung in den Bereichen humane Technologien, Bekämpfung von Armut, Gesundheitsvorsorge, gesellschaftliche und strukturelle Umwälzungen, soziale Bewegungen und multikulturelle Entwicklungen ein.

Für ein kulturell weltoffenes Rheinland-Pfalz

Für uns bedeutet Kultur mehr als Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft, mehr als schönes Beiwerk oder indirekte Wirtschaftsförderung. Mit unserer Kulturpolitik wollen wir kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen, persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

Wir wollen deshalb eine Vielzahl kultureller Ausdrucksformen in Stadt und Land fördern. Längerfristig arbeiten wir daraufhin, Kultur als Pflichtaufgabe der Gemeinden gesetzlich zu verankern, damit Kultur nicht als erstes dem Rotstift zum Opfer fallen muß.

Ohne die bereits vorhandenen traditionellen Einrichtungen einzuschränken, werden wir die kulturelle Breitenarbeit stärker unterstützen. Insbesondere im ländlichen Raum, in den Stadtteilen der Ballungsgebiete und in multikulturell geprägten Wohngebieten werden wir die Breitenkultur fördern.

Weil Kunst eben mehr ist als schönes Beiwerk, weil Kunst unsere gesamten Fähigkeiten anspricht und entfalten hilft, wollen wir, daß sie für alle erreichbar ist. Junge Talente haben in Rheinland-Pfalz bislang kaum eine Chance. Damit das Land auch kulturell aufblüht, wollen wir eine frische und vielfältige Kulturpolitik.

Dabei dürfen traditionelle Kulturformen nicht gegen moderne Projekte ausgespielt werden. Experimentierfreudige Initiativen und freie Kulturgruppen brauchen jedoch mehr Förderung als bisher. Andere Bundesländer haben uns längst vorgemacht, daß eine vitale Kulturszene breite Bevölkerungsschichten anspricht.

Der Dialog über die Grenzen hinweg schafft die Neubelebung des kulturellen Europa. Vielfältige kulturelle Entwicklungen stellen auch einen wirtschaftlichen Faktor dar. Wir werden diesen Weg durch ein Landesprogramm ausbauen und Kommunen, Verbände und Vereinigungen ermutigen, zusätzliche Stellen im Kultursektor zu schaffen.

Junge Talente brauchen Förderung. Wir wollen daher eine Stiftung ins Leben rufen, an der sich Land, Wirtschaft, Banken und Bürger beteiligen können. Damit wird auch erreicht, daß herausragende Konzerte, Ausstellungen oder wichtige Bühnen-Inszenierungen stärker für Rheinland-Pfalz werben. Mindestens jährlich soll auch in unserem Land eine große Ausstellung stattfinden. Wir werden internationale „Tage neuer Kultur“ einrichten, die eine Begegnung zwischen jungen Künstlern und den Bürgern im Lande fördern.

Rheinland-Pfalz fehlt eine filmkulturelle Infrastruktur. Wir unterstützen Aufbau und Erhalt von Kinos auf dem Lande, damit auch dort mehr aktuelle und anspruchsvolle Filme gezeigt werden können. Wir werden Produktion, Verleih und Vertrieb künstlerischer Filme stärken.

Wir wollen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Meinungsbildungsprozeß fördern. Deshalb setzen wir uns für Erhaltung und Ausbau offener Kanäle beziehungsweise von Bürgerkanälen ein. Insbesondere die technische Ausstattung soll mit Hilfe des Landesfilmdienstes verbessert werden.

Rheinland-Pfalz hat viele gute Musik- und Gesangvereine. Ihnen wird in der Kulturpolitik zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die öffentlichen Musikschulen werden sträflich vernachlässigt, so daß viele ihr Angebot radikal ausdünnen müssen. Wir sichern durch ein gezieltes Förderprogramm ein flächendeckendes Angebot und sorgen dafür, daß Gebühren bezahlbar bleiben. Als einziges Bundesland hat Rheinland-Pfalz keine Musikhochschule. Wir wollen an einer Musikhochschule die künstlerische und musikpädagogische Ausbildung möglich machen.

Große Defizite kennzeichnen auch das öffentliche Büchereiwesen. 80 Prozent aller Einwohner leben in einer Gemeinde ohne Bibliothek. Wir treten für eine ausreichende staatliche Förderung ein, damit ein gleichmäßiges Angebot an Bibliotheken und Büchereien möglich wird. Wir wollen einen Landesliteraturrat ins Leben rufen, der staatliche, kommunale und private Literaturförderung konzipiert und koordiniert. Wir vertreten ein neues Konzept bei der Verleihung des Landesliteraturpreises. Hier sollen ergänzende Stipendien, Veröffentlichungsbeihilfen und ein breitgefächertes Lesungs-Programm hinzukommen.

Die Museumsarbeit wird in Rheinland-Pfalz von staatlichen und von über 220 nichtstaatlichen Einrichtungen betrieben. Damit die Museen überregional bedeutsame Ausstellungen in unser Land holen können, machen wir uns für eine stärkere Förderung auch bei Versicherungs- und Transportkosten stark.

Zu den kulturellen Aufgaben, die von der bisherigen Landesregierung vernachlässigt wurden, gehören Erhaltung und Pflege historischer Bauwerke. Dem Schutz der in Rheinland-Pfalz vorhandenen Baudenkmäler in Stadt und Land wollen wir durch angemessene Hilfen für Gemeinden und Private unser besonderes Augenmerk widmen.

Lebensbejahende Politik für ältere und alte Menschen

Ältere und alte Menschen gehören mitten ins Leben und nicht an den Rand der Gesellschaft. Gesundheitliche Vorsorge, eine gute Ernährung sowie bessere Arbeitsbedingungen haben erreicht, was Generationen vor uns sich wünschten. Eine Verlängerung des Lebens kann aber nur dann als persönliches Glück empfunden werden, wenn die Lebensbedingungen stimmen.

Ältere Menschen sind heute aktive Menschen. Sie wollen sich nicht zurückziehen, sondern an Gemeinschaft teilhaben.

Alte Menschen brauchen dagegen häufig Fürsorge und Pflege.

Körperliche oder geistige Gebrechen dürfen nicht zu Isolation und Armut führen.

Wir wollen daher in Rheinland-Pfalz eine lebensbejahende Politik für ältere und alte Menschen. Sie soll das Miteinander der Generationen fördern. Wir gehen neue Wege in der Wohnungspolitik, die Alters- und Pflegeheime ergänzen sowie Gemeinschaftserleben und Selbständigkeit alter Menschen bewahren. Aktivitäten sind auch im Alter wichtig. Wir unterstützen deshalb erlebnisorientierte Bildungs- und Freizeitangebote für ältere Menschen.

Die sozialen Dienste, die alten Menschen zu Hause helfen, brauchen mehr finanzielle Hilfen als bisher. Um die Selbständigkeit so lange wie möglich zu wahren, muß dieses Netz flächendeckend ausgebaut werden. Der Beruf des Altpflegers und der Pflegerin muß in Ausbildung und Bezahlung attraktiver werden. Selbsthilfeprojekte werden in unserer Politik einen hohen Stellenwert erhalten. Dies gilt ebenso für Privatinitiativen, die eine erreichbare Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sichern.

In Rheinland-Pfalz fehlen über 2000 Pflegekräfte in den Alten- und Pflegeheimen. Unter der katastrophalen Situation leiden kranke und pflegebedürftige Menschen ebenso wie das Pflegepersonal. Gerade pflegebedürftige Menschen brauchen aber Verlässlichkeit in der menschlichen Zuwendung und eine gute medizinische Betreuung.

Die Ausbildung von Pflegerinnen und Pfleger muß attraktiver werden. Dazu gehört eine bessere Bezahlung. Rheinland-Pfalz, das zeigt eine Untersuchung von Wohlfahrtsverbänden, liegt mit seiner Personalausstattung in den Alten- und Pflegeheimen im unteren Bereich aller Bundesländer. Eine ausreichende und menschliche Betreuung ist derzeit nicht gewährleistet. Wir schaffen mehr Stellen. In einem Stufenplan sollen in den nächsten Jahren pro Jahr 500 neue Stellen eingerichtet werden.

Familienangehörige, die alte, kranke oder behinderte Menschen zu Hause pflegen, brauchen dringend Absicherung. Soziale Sicherheit, finanzielle Hilfen und Beratung sind notwendig, um die Überforderung der Pflegenden abzubauen. Ausreichende Kurzzeitpflegeplätze und Tageskliniken müssen als Ergänzung bei Krankheit oder Urlaub vorhanden sein.

Damit ein menschenwürdiges Leben bis ins hohe Alter auch finanziell garantiert ist, treten wir für eine Pflegeversicherung ein. Der gegenwärtige Zustand ist nicht mehr tragbar. Die im Landespflegegeldgesetz verankerte „Wartezeit“ ist unsozial und unmenschlich, weil mit dem Tod vieler Antragsteller vor dem Leistungsanspruch gerechnet wird.

Wir werden befristet eine „Landesleitstelle Älterwerden in Rheinland-Pfalz“ einrichten. Sie soll landespolitische Entscheidungen unter der Perspektive Alter mitdiskutieren. Sie soll weiter die Altenhilfe und die sozialen und kulturellen Angebote der Altenarbeit und -politik im Land koordinieren und fortschreiben, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben und anregen. Wir wollen mit der Landesleitstelle aktive Ältere durch die Förderung von Modellprojekten, durch Zusammenführung von Initiativen und die wirksame Einbindung von Seniorenorganisationen in Entscheidungs- und Beratungsprozesse unterstützen.

Wir wollen die Älteren ermutigen, weiter am öffentlichen Leben mitzuwirken. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Wissen, Erfahrung und Kompetenz älterer Menschen ungenutzt zu lassen. Ältere Menschen müssen die Chance haben, ihre gesellschaftliche Verantwortung sowie ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen und ihre Interessen in verschiedenen Organisationsformen zu äußern und zu vertreten.

Damit die älteren Menschen gleichberechtigt an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, muß ihre Rente automatisch an die Entwicklung der verfügbaren Arbeitnehmereinkommen angepaßt werden. Niedrigrenten müssen dringend angehoben werden. Gerade alleinstehende Frauen sind heute durch eine Rente auf dem Niveau der Sozialhilfe von Isolation und gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht. Arbeitslosigkeit und Krankheit dürfen sich nicht auch noch in niedrigeren Renten niederschlagen. Deshalb muß der Bundesanteil wieder auf ein Drittel der Rentenaufwendungen angehoben werden. Die Bundesanstalt für Arbeit und die Krankenversicherungsträger müssen daher ihren Anteil – entsprechend der vorherigen Bruttoeinkommen – an die Rentenversicherung zahlen.

Gesundheit geht uns alle an

Ein gesundes Leben hängt von vielen Faktoren ab. Umwelt, die Arbeitswelt und der persönliche Lebensstil nehmen wesentlichen Einfluß auf unser körperliches und seelisches Wohlbefinden. Vorsorge und Aufklärung kommen deshalb eine zentrale Rolle in der Gesundheitspolitik zu. Weil wir wollen, daß Gesundheit und die Hilfen im Krankheits- wie Pflegefall bezahlbar bleiben, treten wir für eine sozial gerechte und wirksame Gesundheitspolitik ein.

Menschliche Zuwendung nimmt im Gesundheitswesen eine entscheidende Rolle ein. Sie durch eine „kostengünstige“ Apparatedizin zu ersetzen, lehnen wir ab. Krankenhäuser und Sozialstationen brauchen dringend mehr Personal, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Daher muß sowohl der Personalschlüssel als auch die soziale und wirtschaftliche Situation der Beschäftigten verbessert werden. Wir wollen wohnortnahe medizinische Einrichtungen in Stadt und Land. Dazu müssen die ambulanten Angebote auch finanziell gestärkt werden.

Damit seelisch kranke Menschen nicht länger ausgegrenzt werden, muß die Psychiatrie in Rheinland-Pfalz neu geordnet werden. Basis einer wohnortnahen Versorgung sollen niedergelassene Fachärzte und psychosoziale Zentren bilden. Stationäre Angebote, die Landesnervenkliniken sowie die Pfalzlinik Landeck bleiben Schwerpunkteinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. Flexible Wohn- und Arbeitsformen helfen Langzeitpatienten, so selbständig wie möglich zu leben. Außerdem muß ein ausreichendes Angebot an Therapieplätzen und Beratungsstellen sichergestellt werden.

Die Nachsorgeangebote sowie die Patienten- und Familienberatung im Krankenhaus müssen verbessert werden.

Leistungsfähige mobile und flächendeckende soziale Dienste und vielfältige Selbsthilfeeinrichtungen und Initiativen sind wichtige Träger eines modernen Gesundheitssystems. Der aktiven Gesundheitsförderung in Schule, Beruf und Sport kommt große Bedeutung zu.

In einer kontinuierlichen und angstfreien Aufklärung über Drogengefahren und Aids, in der Entkriminalisierung Drogenabhängiger und einer würdigen Betreuung Aidskranker sehen wir wirksame Schritte, um Vorurteile abzubauen und Betroffenen zu helfen.

Umweltschutz ist Friedenspolitik

Der Schutz von Boden, Wasser und Luft ist eine der zentralen Aufgaben unserer Tage. Angesichts der weltweit drohenden Umweltkatastrophen begreifen wir Umweltschutz als einen Beitrag zur Friedenspolitik. Eine halbherzige Politik kann und wird nicht verhindern, daß weite Landstriche der Erde unbewohnbar werden. Den Armutsflüchtlingen könnten in nicht ferner Zukunft zahlreiche Umweltflüchtlinge folgen. Wer heute behauptet, die soziale und ökologische Gesellschaft sei nicht finanzierbar, dem halten wir den Preis von morgen entgegen.

Der sinnvolle und schonende Einsatz von Energie muß zum wesentlichen Bestandteil der Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz werden. Energieeinsparung, der Bau von Blockheizkraftwerken und die Einführung linearer Stromtarife können hierfür einen wesentlichen Beitrag leisten.

Wir werden ein Energiespargesetz vorlegen und Energiesparinvestitionen in öffentlichen Gebäuden voranbringen. Wir fördern die verstärkte Einstellung von Energieberatern und Energieberaterinnen. In Städten und Gemeinden sollen künftig Energiekataster erstellt werden. Das Land muß Anreize zum Bau von Blockheizkraftwerken geben. Beim Einbau energiesparender Techniken müssen Genehmigungshindernisse abgebaut werden.

Bodenschutz ist auch Trinkwasserschutz. Der Schutz von Grund- und Trinkwasser bleibt eines der vordringlichsten Aufgabenfelder. Daher ist in einem groß angelegten Bodenschutzprogramm für Rheinland-Pfalz sicherzustellen, daß sowohl die Ertragskraft und ökologische Leistungsfähigkeit der Böden als auch deren Schutzfunktion für das Grundwasser erhalten bleibt, beziehungsweise wieder hergestellt wird.

Die intensive Bewirtschaftung der Böden hat zu massiven Problemen geführt. Wir fördern daher Extensivierungsprogramme in der Landwirtschaft. Aufklärung und Beratung über einen sparsamen Umgang mit Düngemitteln sollen den Landwirten bei der Umstellung auf eine naturgemäße Anbauweise helfen. Wir wollen ein Verbot des Pestizid- und Herbizideinsatzes auf kommunalen und staatlichen Flächen. Bodenversiegelungen müssen im Rahmen der Bauleitplanungen soweit wie möglich vermieden werden.

Die Biotopkartierung in Städten und Gemeinden muß weiter fortgeführt werden. Auf dieser Grundlage sind Biotope und Biotopverbundsysteme auszuweisen. Bislang militärisch genutzte Flächen sollen teilweise in ökologische Ausgleichsflächen zurückgeführt werden. Auch auf Landesebene ist ein Bodenkataster erforderlich. Das Landespflegegesetz ist dahingehend zu ändern, daß Gemeinden Baumschutzsatzungen auch für private Grundstücke erlassen können.

Wir halten einen Rückbau von sanierten Gewässern und eine vermehrte Rückführung von Grundwasser im industriellen Bereich für ebenso erforderlich wie wasserschonende Betriebsabläufe. Trinkwasseranlagen müssen künftig auf Halogenkohlenwasserstoffe untersucht werden, wobei die Aufbereitung in Trinkwasseranlagen dringend ausgebaut werden muß.

Müllhalden und Sonderabfälle ticken seit Jahren als Zeitbombe. Die riesigen Abfallberge sind Folge unseres sorglosen Umgangs mit Rohstoffen und des Konsumverhaltens. An erster Stelle muß konsequentes Vermeiden von Abfällen stehen. Insbesondere die gefährlichen Abfälle müssen dringend vermindert und ganz vermieden werden. Für solche Stoffe, die noch nicht verwertet werden können, ist eine Sonderabfallbehandlung derzeit nicht zu vermeiden. Ziel muß es aber sein, die gefährlichen Abfälle soweit wie möglich verwertbar zu machen. Um die Abfallströme zu kontrollieren, werden wir sie in einer zentralen Datenbank erfassen. Nur vor dem Hintergrund konsequenter Abfallvermeidung und Abfall-Recycling stimmen wir einer thermischen Behandlung des Sonderabfalls zu. Eine thermische Entsorgung von Hausmüll nach Vermeidung, Verwertung, Kompostierung und umweltverträglicher Deponierung darf nur zulässig sein, wenn eine andere Behandlungsart umweltschädlicher ist.

Freiwillige Regelungen mit der Industrie haben nicht zu entscheidenden Verbesserungen geführt. Wir werden daher verbindliche Regelungen in einem Altlastengesetz festlegen. Dabei sollen Altlastenstandorte systematisch erfaßt und bewertet werden. Wir brauchen klare Bestimmungen für Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten sowie eine Kostenverteilung bei Sanierungsmaßnahmen.

die sich am Verursacherprinzip orientiert. Hierzu gehört vor allem die Haftung für umweltzerstörende und belastende Industrien, Technologien und Produkte.

Umweltgesetze müssen auf allen administrativen Ebenen umgesetzt werden. Nur im Rahmen einer „konzertierten Aktion“ können Gemeinden, Landkreise, das Land, Industrievereinigungen, Gewerkschaften und Verbände ihrer jeweiligen umweltpolitischen Verantwortung voll gerecht werden. Wir bauen das Vollzugsdefizit im Umweltschutz ab.

Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen als wirkliche Vorprüfung gehandhabt werden. Sie dürfen nicht länger als lästige Pflichtübung versickern. Wir wollen, daß Umweltverbänden ein Verbandsklagerecht eingeräumt wird. Anwendung und Einhaltung der geltenden gesetzlichen Vorschriften müssen durch entsprechenden Personal- und Technikeinsatz sichergestellt werden. Pro Kreis oder kreisfreier Stadt soll eine Umweltingenieurstelle geschaffen werden. Auch Polizei und Staatsanwaltschaften brauchen bei der Bekämpfung und Verfolgung von Umweltstraftaten eine bessere Schulung und Ausstattung.

Um Umweltschutz in Rheinland-Pfalz nach vorne zu bringen, schlagen wir eine Strukturkommission „Umwelt und Wirtschaft“ vor. Regelmäßige Gespräche zwischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden, anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbänden, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, Industrie und Handwerk sollen dazu beitragen, daß Umweltfragen als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen verstanden werden.

Da technisches und menschliches Versagen in der Atomtechnologie nicht auszuschließen ist, sind wir für eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Auch wegen der Risiken der Endlagerung von Atommüll bleiben wir bei unserem Nein für Mülheim-Kärlich. Wir halten es für unverantwortlich, ein solches Kraftwerk in ein Ballungszentrum zu stellen, das erdbebengefährdet ist.

Die Untätigkeit der Landesregierung im Hochwasserschutz hat zu immer häufigeren Überflutungen an Rhein und Mosel geführt. Der beste Hochwasserschutz ist unserer Auffassung nach ein weitgehend natürlicher Gewässerverlauf. Versiegelung der Böden, gerade in Feuchtgebieten, in Bach- und Flußtälern, läßt die Hochwassergefahr steigen. Wir lehnen künstliche, naturferne Taschenpolder ab. Wir werden in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern, die der Rhein durchfließt, ein abgestimmtes Hochwasserschutzkonzept erarbeiten.

Mit den modernen Erkenntnissen der Gentechnologie sind der Wissenschaft Möglichkeiten an die Hand gegeben, gezielt die Erbinformationen von Pflanzen, Tieren und Menschen zu manipulieren. Diese Technologie bietet Chancen und unabweisbare Risiken.

In der Diagnostik und Behandlung von Krankheiten, bei der gentechnischen Herstellung von medizinischen Wirkstoffen wie auch bei Ernährungs- und Umweltproblemen zeigt die Gentechnologie neue Wege auf. Dem möglichen Nutzen stehen jedoch erhebliche Risiken gegenüber. So dürfen die Gefahren nicht übersehen werden, daß die Gentechnologie über „Wert und Unwert menschlichen Lebens“ entscheidet.

Wir setzen uns daher für eine offene und unvoreingenommene Diskussion aller Fragen der Gentechnologie ein. Gesetzliche Regelungen müssen dafür Sorge tragen, daß Fehler beherrschbar und korrigierbar bleiben. Wir fordern eine Ausweitung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entscheidung über gentechnische Anlagen und Arbeiten.

Bei der Einführung neuer Technologien müssen Menschenwürde und Schutz der natürlichen Umwelt im Vordergrund stehen. Eine gentechnische Anpassung des Lebendigen an eine fehlentwickelte Umwelt und Technik lehnen wir ab. Jede militärische Forschung und Nutzung der Gentechnologie muß rechtlich ausgeschlossen werden.

Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

Dörfer sind anders, moderner geworden. Lebens- und Arbeitswelt sind vielfach getrennt. Dennoch werden die ländlichen Regionen nach wie vor von den bäuerlichen Betrieben geprägt. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, daß Kulturlandschaft und Grünflächen erhalten bleiben. Die Sorgen der Landwirte und Winzer sind daher auch die Sorgen der Region.

Die Erneuerung der Dörfer ist mehr als Erhalt alter Bausubstanz. Landwirtschaft, Landschaft, Bodenordnung, Umweltschutz, Verkehr, Arbeitsmöglichkeiten, Bauen und Wohnen sowie die Förderung der gesamten Infrastruktur sind zusammenhängende Aufgabenfelder. Das Ministerium für den ländlichen Raum umfaßt also mehr als nur Agrarpolitik. Wir werden eine ressortübergreifende Politik für die ländlichen Regionen unter Einschluß einer tragfähigen Landwirtschaftspolitik in den Vordergrund stellen.

Die falsche Agrarpolitik hat zu einer Fehlentwicklung in der Landwirtschaft geführt. Jahr um Jahr werden viele Familienbetriebe zur Existenzaufgabe gezwungen. 1960 gab es noch 168 000 Landwirte in Rheinland-Pfalz. 1989 sind es nur knapp 58 000. Folge der verfehlten Agrarpolitik in Mainz, Bonn und Brüssel, die viel zu lange auf Massenproduktion setzte, ist ein Überangebot an Lebensmitteln zu Niedrigstpreisen und eine kostenintensive Lagerhaltung. Wir setzen uns konsequent für faire Wettbewerbsbedingungen und qualitätsorientierte Preise in allen EG-Ländern ein. Wir wollen, daß die Bürokratie begrenzt wird.

Mit unserer Agrarpolitik wollen wir ländliche Familienbetriebe erhalten und stärken. Wir streben vernünftige Preise für gesunde Nahrung an. Wir wollen ebenso den Beitrag der Landwirtschaft bei der Erhaltung unserer Kulturlandschaft honorieren und die Landwirte vom Zwang der ständigen Produktionssteigerung befreien.

Wir werden einen naturgemäßen Anbau und eine gesunde Tierhaltung fördern. Faire Erzeugerpreise, Direktvermarktung und ein Ausgleich für die Landschaftspflege sollen die Familienbetriebe wieder auf eine sichere Basis stellen.

Die traditionelle Agrarpolitik zielt auf das individuelle Einkommen der Landwirte durch eine ständige Produktivitätssteigerung. Im EWG-Vertrag werden technischer Fortschritt, Produktivität, Pro-Kopf-Einkommen, Märkte und Versorgung als Ziele genannt. Einkommensverteilung innerhalb der Landwirtschaft und ihre gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungen werden nicht erwähnt. Die Folgen, wie Überproduktion, sinkende Preise bei steigenden Betriebskosten und ökologische Schäden durch Überdüngung, sind katastrophal.

Die EG-Mittel, die bislang an Ertrag und Betriebsgröße gekoppelt waren, müssen künftig direkt und produktionsneutral weitergegeben werden. Die von Natur aus benachteiligten Gebiete sind besonders zu berücksichtigen. Zur Sicherung der Betriebe halten wir zudem Investitionsförderung, Produktions- und Maschinenkooperationen, EDV-Einsatz in der Betriebsführung und privat organisierte Beratungsringe für erforderlich.

Der Einsatz von Gülle, Mineraldünger und chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln muß unbedingt verringert werden. Er steht einer dringend notwendigen umweltschonenden Agrarpolitik entgegen. Wir geben einer extensiven Erzeugung auf der Gesamtfläche den Vorrang vor Flächenstillegungen und intensiver Bewirtschaftung. Wir werden einen ökologisch orientierten Land- und Weinbau wegen seiner Umweltverträglichkeit besonders fördern.

Wir wollen, daß Tiere artgemäß gehalten werden. Dazu gehört, daß Tierbestände und Futterflächen einander angepaßt sind. Hormone und Mißbrauch von Arzneimitteln in der Tierhaltung lehnen wir ebenso ab wie gentechnische Manipulationen. Die Massentierhaltung macht durch das hohe Infektionsrisiko den vorbeugenden Einsatz von Medikamenten erforderlich. Sie muß deshalb überwunden werden.

Ausreichende Milchlieferrechte sind für unsere rheinland-pfälzischen Grünlandgebiete existenznotwendig. Die Milchquotenregelung, bei der weder auf regionale Besonderheiten noch auf die wirtschaftliche Situation der Betriebe Rücksicht genommen wurde, hat viele Probleme aufgeworfen. Bei Handel und

Leasing von Milchquoten muß sichergestellt werden, daß die Milchlieferrechte nicht aus den Regionen abfließen. Das gilt insbesondere für Gebiete ohne ausreichende Produktionsalternative.

Nachwachsende Rohstoffe in umweltschonender Anbauweise können auch für unsere Betriebe zu einer Produktionsalternative werden. Wir werden diesen Weg unterstützen.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft erfordert dringend eine bessere soziale Absicherung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Eine gegenseitige Anerkennung von Beitragszeiten in den unterschiedlichen Alterssicherungssystemen ist notwendig. Die Leistung der Bäuerin und Winzerin muß durch eine eigenständige Alterssicherung anerkannt werden.

Verbraucher brauchen Schutz

Verbraucher brauchen starke Rechte und Orientierungshilfen, um ihre Ansprüche auf gute Waren und gesunde Lebensmittel durchzusetzen. Zusammen mit den Kommunen sollen überall im Land Verbraucherberatungsstellen mit einem umfassenden, anbieterunabhängigen Angebot geschaffen werden. Dies schließt insbesondere auch die Beratung zum umweltfreundlichen und energiesparenden Verbraucherverhalten ein. Zum anderen sollen die Beratungsstellen Anlaufpunkt für Verbraucherbeschwerden sein. Hilfe im Einzelfall als auch vorbeugender Verbraucherschutz sind vor allem bei unlauterer Werbung und unzulässigen Geschäftsbestimmungen notwendig. Das Klagerecht der Landesverbraucherzentrale muß gestärkt werden.

Der europäische Markt erfordert einen starken und aktiven Verbraucherschutz. Information und Aufklärung können helfen, daß künftig nicht mehr Aussehen, sondern Gesundheit als Qualitätsmaßstab für Agrarprodukte gilt. Wir halten es für dringend erforderlich, daß Lebensmittel- und Warenbezeichnungen, wie aus ökologischem Anbau, gesetzlich geregelt und geschützt werden.

Schuldnerberatungsstellen bedürfen dringend der zentralen Unterstützung in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen und bei der Weiterbildung der Beratungskräfte.

Wir wollen in allen EG-Ländern rückstandsfreie und schonend verarbeitete Lebensmittel. Über EG-Recht dürfen keine Aufweichungen in unser Land schwappen. Zusatzstoffe müssen auf das unverzichtbare Maß beschränkt werden. Bestrahlung und Begasung von Lebensmitteln lehnen wir ab. Die Lebensmittelkontrolle muß EG-weit vereinheitlicht und verbessert werden.

Wein und Landschaft werben für Rheinland-Pfalz

Im Weinbau geht Qualität vor Quantität, das stellen viele rheinland-pfälzische Weine unter Beweis. Weinskandale, politischer Filz, eine wuchernde Bürokratie, die überhastet eingeführte Mengenregulierung und jährlich neue Vorgaben lassen jedoch viele Winzer resignieren. Die Ungerechtigkeiten in der Weingesetzgebung haben zu landesweiten Protesten geführt.

Kurzatmige Werbeaktivitäten oder halbherzige Verbesserungen in der Weinbaubürokratie helfen den Winzern nicht weiter. Gerechte Erzeugerpreise sind nur zu sichern, wenn die Wettbewerbsbedingungen gegenüber ausländischen Weinen verbessert werden und ein langfristiges Qualitäts-Konzept für unsere Weine wirbt. In der Weinkontrolle sind bewährte Gesetze wichtiger als ständig neue und kaum noch nachvollziehbare Vorschriften. Die Einführung einer Weinststeuer lehnen wir ab.

Wir setzen uns konsequent für die Belange der rheinland-pfälzischen Winzer ein. Wir werden den Bürgschaftsrahmen für Investitionen und Betriebsmittel deutlich erweitern, um existenzgefährdeten Betrieben zu helfen. Dies ist vor allem dann vordringlich, wenn damit die Betriebsnachfolge garantiert wird.

Die Weinbauflächen sind nach objektiven Kriterien eindeutig abzugrenzen. Durch kostenfreien Flächentausch sind außerhalb liegende Rebflächen langfristig zurückzuführen.

Wir wollen die regionalen Besonderheiten stärken, den Bezeichnungswirrwarr beseitigen und Typenweine fördern. Wir werden uns für die Schaffung von Weinwirtschaftsräten einsetzen, damit die Weinwirtschaft eigenverantwortlich handeln kann.

Die Staatsweingüter haben für die gesamte Weinwirtschaft in Rheinland-Pfalz eine herausragende Rolle zu übernehmen. Sie sind Werbeträger für die in unserem Land erzeugten Weine. Sie treten nicht in Konkurrenz zu den privaten Winzern, sondern tragen mit ihrem Image dazu bei, die wirtschaftlichen Grundlagen der Winzer zu verbessern.

Der Fremdenverkehr ist für Rheinland-Pfalz ein wichtiger Wirtschaftszweig. Seine Zukunft liegt nicht im Massentourismus. Unser Land bietet ein reiches Angebot für Erholungssuchende. Kurzurlaub jeder Art wird immer beliebter.

Einige Weinorte und Waldgemeinden haben längst die Chancen des wachsenden Individualtourismus erkannt. Sie bieten ihren Gästen eine gute regionale Küche, hochwertige Weine und Sekte, vielfältige kulturelle sowie sportliche Aktivitäten. Die Erfahrungen mit neuen Wegen des Fremdenverkehrs haben gezeigt, daß Kurzurlauber heute gut ausgestattete Zimmer mit einem zeitgemäßen Standard suchen. Wir unterstützen die Modernisierung alter Bausubstanz. Fremdenverkehrskonzepte, die umweltverträgliche Tourismus-Formen anbieten, haben in unseren Regionen große Chancen. Wir treten für die Bündelung der Fremdenverkehrsorganisationen ein, damit der Wirtschaftsfaktor Tourismus einen neuen Aufschwung erfährt.

Wälder schützen Leben

Wälder prägen unsere Kulturlandschaft. Sie haben aber auch eine wesentliche Funktion für die Gesundheit unserer Umwelt, und sie sind zugleich Erholungsraum. Durch die anhaltende Luftverschmutzung ist der Lebensraum Wald jedoch bedroht. Die Versäuerung der Böden führt zu einer steigenden Schadstoffbelastung in Grundwasser und Bächen.

Wir brauchen daher schnelle und einschneidende Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Kalkungen sind teuer und nur vorübergehend wirksam. Als kurzfristige Soforthilfe muß hierfür jedoch mehr Geld zur Verfügung stehen.

Monokulturen sind anfällig. Das haben die Stürme im vergangenen Jahr gezeigt. Wir wollen Aufforstungen mit Mischwald bei starkem Laubbaumanteil. Naturverjüngung und abgestufte Waldränder kennzeichnen den von uns angestrebten naturgemäßen Waldbau. Deshalb ist auf Kahlschlag zu verzichten. Im Lebensraum Wald ist auf die Schalenwildbestände zu achten, die den Bedingungen angepaßt sein müssen. Wir fördern Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Artenvielfalt.

Kommunale und private Waldbesitzer brauchen finanzielle Unterstützung durch die Landes- und Bundesregierung. Die Sturmschäden stellen Waldgemeinden vor finanziell unlösbare Aufgaben.

Gemeinden, die in ihren Forstwirtschaftsplänen dauerhaft Defizite einfahren, muß das Land bei den „Beförsterungskosten“ langfristig finanziell helfen.

Das Land profitiert von aktiven Bürgerinnen und Bürgern

Selbstverwaltung der Kommunen ist ein starker Pfeiler unserer Demokratie. Wir wollen Voraussetzungen schaffen, um eine bürgernahe und lebendige Verwaltung weiter auszubauen. Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen lebt wesentlich vom ehrenamtlichen Engagement. Wir wollen das Ehrenamt durch eine gesetzliche Verankerung der Rechte und Befugnisse besser fördern als bisher. Wir sehen es als positiv an, wenn Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt beteiligen. Dies bereichert die Meinungsbildung. Darüber hinaus werden wir die Rechte der kommunalen Vertretungskörperschaften und ihrer Mitglieder verbessern und die Ortsbeiräte stärken. Ohne ausreichende Finanzausstattung bleibt kommunale Selbstverwaltung eine Leerformel. Die Kommunen brauchen zur Erfüllung ihrer zahlreichen Aufgaben einen verlässlichen Finanzausgleich.

Wir treten für ein Kommunalwahlrecht für Ausländer ein. Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen sind dafür zu schaffen.

Wir wollen das Engagement der Bürger durch eine Reform der Gemeindeordnung festigen. Dazu trägt ein größerer Anteil von Bürgerinnen und Bürgern ohne Ratsmandat in Ausschüssen und Beiräten ebenso bei wie die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen. Wir wollen die Voraussetzungen für Bürgerinitiativen erleichtern. Bürgerinitiativen soll es künftig auch auf Landkreisebene geben, wobei die bisher geforderte Mitgliederzahl gesenkt wird. Wir sind für die Einführung eines kommunalen Beschwerderechts und Einwohnerfragestunden in Gemeinderäten und Ausschüssen.

Vereine stärken und fördern

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren sich freiwillig und ehrenamtlich in ihrer Nachbarschaft, in Vereinen, Initiativen und Institutionen. In einer zunehmend materiell orientierten Gesellschaft zeigen sie, daß das Leben mehr ist, als Erwerbstätigkeit und das Ansammeln materieller Güter.

Vereine fördern das gesellschaftliche Miteinander und erfüllen wichtige Aufgaben auf fast allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens. Gesang-, Musik-, Theater-, Schützen- und Kulturvereine bewahren unser kulturelles Erbe und entwickeln es fort. Sport- und Turnvereine dienen der Gesundheit und vermitteln Lebensfreude. Umweltgruppen und -vereine engagieren sich für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und vermitteln wichtige Anstöße. Feuerwehren und Hilfswerke haben sich Schutz und Hilfe ihrer Mitbürger als Aufgabe gestellt. Im sozialen Bereich nehmen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege neben vielen Selbsthilfegruppen einen besonderen Platz ein. Wir unterstützen die Arbeit der Vereine durch eine gezielte Förderung.

Mehr Demokratie durch mehr Mitbestimmung

Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist Kernstück unserer Politik. Wir wollen daher die Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungen, die direkt ihre Zukunft betreffen, stärken. Eine verbesserte Mitbestimmung muß bereits in der Planungsphase bei der Einführung neuer Technologien und der Änderung von Arbeits- und Organisationsabläufen gewährleistet sein.

Wir werden das Landespersonalvertretungsgesetz reformieren, um echte Mitbestimmung einzuführen. Der Einigungsstelle soll das Recht der letzten Entscheidung in Personalfragen für Arbeiter und Angestellte eingeräumt werden. Wir streben einen Abbau unterschiedlicher Statusgruppen im öffentlichen Dienst an.

Mehr Demokratie heißt auch, Frauen stärker als bisher in den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes zu fördern. Dazu werden wir die Zusammenarbeit zwischen Frauenbeauftragten und den Personalvertretungen regeln, so daß Konkurrenzsituationen oder „Nebenpersonalräte“ ausgeschlossen werden.

Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen sowie Vertrauensleute schwerbehinderter Mitarbeiter brauchen mehr Rechte als bisher. Das Schwerbehindertengesetz muß dahin gehend verbessert werden, daß auch Schwerbehinderte-Vertrauensleute ab einer bestimmten Beschäftigtenzahl freigestellt werden können.

Wir wollen bessere Arbeitsgrundlagen für Personalräte. Dazu muß der Anspruch auf Fort- und Weiterbildung ausgebaut und die bezahlte Bildungszeit in der Praxis verbessert werden.

Wir werden im Bund für eine Fortentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes eintreten.

Wir fordern, daß Einschränkungen aus dem NATO-Truppenstatut für Betriebsvertretungen bei den Stationierungstreitkräften aufgehoben werden.

Für kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir ein echtes Personalvertretungs-beziehungsweise Betriebsverfassungsgesetz, weil kirchliche Mitarbeiter wie alle anderen Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt verdienen. Deshalb sind gleiche Arbeits- und Gewerkschaftsrechte und eine volle betriebliche Vertretung unabdingbar.

Wir eröffnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Weg zu einem Mandat und damit den Weg von der politischen Mitbestimmung zur politischen Mitverantwortung im Parlament durch eine gesetzliche Absicherung des betrieblichen Arbeitsplatzes (Mandatssicherungsgesetz).

Abgaben – die zweite Miete von morgen?

Das Land darf sich nicht zu Lasten der Bürger aus der Finanzierung großer Gemeinschaftsaufgaben, wie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, zurückziehen. Das Kommunalabgabengesetz ist bürokratisch und schafft große Ungerechtigkeiten. Obwohl die Belastung der Bürger unerträglich zugenommen hat, fehlen Städten und Gemeinden die Finanzmittel, um dringend erforderliche Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bauen zu können.

Besonders der ländliche Raum wurde durch die konzeptionslose Politik der Landesregierung sträflich vernachlässigt.

Wir werden die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wieder bezahlbar machen.

Wir werden nicht festlegen, ab welcher Belastungsgrenze die Gebühren und Beiträge für „zumutbar“ gehalten werden. Wir wollen die Verpflichtung, wiederkehrende Beiträge zu erheben, abschaffen. Gebühren und Beiträge müssen gerecht sein. Eigentümer besonders intensiv genutzter Grundstücke sollen höhere Lasten tragen als Besitzer von Wohngrundstücken.

Unbebaute landwirtschaftliche Grundstücke werden nicht zu wiederkehrenden Beiträgen herangezogen, solange sie zur wirtschaftlichen Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes benötigt werden. Der ländliche Raum wird beim Bau von Abwasseranlagen stärker gefördert. Wir geben naturnahen und dezentralen Einrichtungen, die ökologische Grundsätze beachten, Vorrang vor zentralen und großtechnischen Anlagen.

Wir wollen, daß Gemeinden zwischen mehreren Organisationsformen wählen können.

Dazu zählen neben der Eigenbetriebsbildung auch bewährte privatrechtliche Formen. Den Verkauf von Wasser- und Abwasserwerken an private Unternehmen lehnen wir ab. Indessen unterstützen wir private Beteiligungen, wenn die kommunalen Interessen gewahrt bleiben. Dabei denken wir neben der Bildung von gemeinsamen Gesellschaften insbesondere an die Beteiligung von Privatunternehmen im Rahmen von Betriebsführungsverträgen.

Kommunale Versorgungsunternehmen haben sich bewährt. Insbesondere Städte bedienen sich dieser privatrechtlichen Organisationsformen, um Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Energieversorgung, die Wasserversorgung und den öffentlichen Personennahverkehr bei tragbaren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen. Die damit verbundenen Vorteile sollen zukünftig auch für die Abwasserentsorgung eröffnet werden. Auf diesem Wege können Gewinne aus der Energieversorgung zur Deckung von Ausgaben der Abwasserbeseitigung herangezogen werden. Die damit erreichbaren Vorteile sind nicht nur wirtschaftlich, sondern gerade auch ökologisch verträglich.

Wir werden an der straßenweisen Abrechnung der Beiträge festhalten und die 1995 auslaufende Regelung in eine dauerhafte umwandeln.

Menschen- und Bürgerrechte müssen ausgebaut und besser geschützt werden

Die politischen Teilhaberechte müssen weiterentwickelt werden. Deshalb wollen wir die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung unserer Gesellschaft ausweiten. Zu diesem Zweck sind im Grundgesetz Volksbegehren und Volksentscheide, wie schon in unserer Landesverfassung, zu verankern. Dies ist für uns eine grundlegende Forderung an die Grundgesetzreform, die durch die deutsche Einigung notwendig geworden ist.

Das Recht auf friedliche Demonstrationen ist einerseits vor gewalttätigen Störern und andererseits vor weiteren Einschränkungen durch den Gesetzgeber und die Ordnungsbehörden zu schützen. Wir setzen uns für die Rücknahme der Strafbarkeit von „passiver Bewaffnung“ und „Vermummung“ ein.

Wir wollen den sozialen Grundrechten Geltung verschaffen. Nur wenn sie verwirklicht sind, können Freiheitsrechte gesichert und kann politische Teilhabe von allen wahrgenommen werden. Wir treten dafür ein, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

Zu den Freiheitsrechten, die wir stärken wollen, zählt das Selbstbestimmungsrecht über die eigenen Daten. Durch die modernen Informationstechnologien und die damit verbundenen Mißbrauchsmöglichkeiten ist dieses Recht gefährdet. Wir treten daher dafür ein, daß das Selbstbestimmungsrecht über die eigenen Daten im Grundgesetz ausdrücklich garantiert und im Landesdatenschutzgesetz besser als bisher geschützt wird.

Die Menschen- und Bürgerrechte stehen ungeschmälert auch unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu. Nicht alle Elendsprobleme können durch Zuwanderung zu uns gelöst werden. Deshalb haben die reichen und demokratischen Länder die Aufgabe, dazu beizutragen, daß Menschen nicht mehr zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden. Davon unberührt bleibt das Recht auf politisches Asyl. Dessen Einschränkung lehnen wir ab. Dagegen müssen alle organisatorischen, personellen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, Asylverfahren in einer für die Asylsuchenden und das Aufnahmeland zumutbaren Zeitdauer abzuwickeln.

Der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte obliegt dem Staat, insbesondere der Justiz und der Polizei. Wir werden die Zuständigkeit des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofes ausbauen und insbesondere sicherstellen, daß die Bürgerinnen und Bürger dieses höchste Gericht des Landes mit einer Verfassungsbeschwerde direkt anrufen können. Vor Gericht müssen die Bürgerinnen und Bürger in vertretbarer Zeit zu ihrem Recht kommen. Deshalb werden wir die Arbeitsbedingungen in der Justiz verbessern. Dazu gehört ein sachgerechter Stellenausbau sowie der verstärkte Einsatz von EDV. Zur Entlastung der Justiz müssen verstärkt außergerichtliche Schlichtungsverfahren beitragen. Wir werden die Ausbildung der Juristen reformieren. Dabei wird die Reduzierung des Prüfungstoffes, die verstärkte Vermittlung methodischer Fähigkeiten und eine Spezialisierung bei der praktischen Ausbildung zu der erwünschten Verkürzung der Ausbildungszeit führen.

Einstellungen und Beförderungen von Richterinnen und Richtern soll durch demokratisch legitimierte Wahlausschüsse erfolgen. Die Unabhängigkeit des Staatsanwaltes ist besser zu garantieren als bisher. Der Generalstaatsanwalt soll – wie in anderen Bundesländern auch – aus dem Kreis der politischen Beamten herausgenommen werden.

Wir werden Sonderdezernate für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität ausbauen. Dezernate für die Verfolgung von Sexualstraftaten sollen flächendeckend eingerichtet werden.

Wir wollen eine bürgernahe Polizei, die nicht autoritär und repressiv, sondern partnerschaftlich und kollegial ist. Dazu gehört, daß sich Bürger und Polizei nicht allein im Konfliktfall erleben. Demokratische Strukturen in der Polizei, eine ausreichende Zahl von Polizeibeamtinnen und -beamten und eine bessere Bewertung des Berufes sind Grundlagen dieser Politik. Nur eine gut ausgestattete Polizei wird langfristig in der Lage sein, gegen die Drogen-, Umwelt- und Wirtschaftskriminalität sowie das organisierte Verbrechen wirksam vorzugehen.

Die SPD hat als einzige Partei Grundzüge einer neuen Sicherheitspolitik nach Innen entwickelt. Wir haben unsere Vorstellungen landesweit mit Polizeibeamtinnen und -beamten diskutiert und dabei die Öffentlichkeit beteiligt. Die Polizei braucht keine verschärften Gesetze. Sie braucht eine klare politische Führung und Unterstützung bei ihrer schwierigen Arbeit.

Wir wollen die Polizeiarbeit neu bewerten. Wir verstärken die Bereitschaftspolizei als Lehr- und Ausbildungsstätte. Auch die Schutzpolizei bedarf dringend einer Aufstockung im Schichtdienst. Das Landeskriminalamt muß zu einer wirklichen Leistungsbehörde umgestaltet werden.

Auch die Wasserschutzpolizei benötigt mehr Personal, um den gestiegenen Arbeitsanfall, wie Umweltschutzdelikte, erfüllen zu können.

Handgranaten und Maschinengewehre dienen nicht dem polizeilichen Auftrag und sind daher abzuschaffen.

Auch Strafrecht und Strafvollzug dienen dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Die Mittel des Strafrechts und des Strafprozeßrechtes sollen aber nur als letztes Mittel zur Anwendung kommen. Wir werden uns deshalb für eine weitgehende Entkriminalisierung, insbesondere der Bagatellkriminalität, einsetzen. Außerdem treten wir für eine Erweiterung des strafrechtlichen Sanktionskatalogs unterhalb der Geldstrafe ein. Als zusätzliche Sanktionsform kommt für uns besonders die Möglichkeit gemeinnütziger Arbeit in Betracht.

Da der Freiheitsentzug zu den schwerwiegendsten Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen zählt, bedürfen Anordnung und Ausgestaltung der Untersuchungshaft einer klaren gesetzlichen Grundlage. Das Jugendgerichtsgesetz bedarf ebenfalls einer grundlegenden Reform. An die Stelle von Untersuchungshaft und Vollstreckung von Jugendstrafen bei 14- bis 15jährigen muß eine Unterbringung in Einrichtungen der Jugendhilfe treten. Freizeit- und Kurzarrest werden wir abschaffen und ambulante Maßnahmen ausbauen.

Die besondere Sorge der Gesellschaft muß den Opfern von Straftaten gelten. Hierzu gehört, die Möglichkeiten eines Ausgleichs zwischen Täter und Opfer im Rahmen des Strafverfahrens zu erweitern. Damit soll, wo immer möglich, eine beschleunigte Wiedergutmachung des Schadens und eine Schlichtung des zwischen Täter und Opfer bestehenden Konflikts erreicht werden.

Die Entwicklung in Deutschland und Europa

Mit den ersten freien gesamtdeutschen Wahlen und den Regelungen der äußeren Aspekte der Einheit sind wichtige Entscheidungen getroffen. Die Lösung großer Aufgaben, die Frage des Regierungssitzes, Aufbau der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern, vergleichbare Lebensverhältnisse, Umweltschutz und vor allem Integration der neuen Bundesländer in den europäischen Prozeß, stehen noch bevor.

Wir treten dafür ein, daß Bonn Regierungssitz bleibt. Berlin sollte als Drehscheibe zwischen Ost und West und als kulturelle europäische Metropole ausgebaut werden.

Deutschland ist eingebunden in die europäische Frage. Die zwölf Mitgliedsländer der EG sehen sich heute der Tatsache gegenüber, daß immer mehr Länder in die Gemeinschaft aufgenommen werden möchten. Insbesondere die Länder Mitteleuropas erhoffen sich dadurch eine Beschleunigung ihrer Reformbemühungen und damit eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft. Die EG muß sich die Fähigkeit erhalten, neue Länder aufzunehmen. Sie muß aber auch Vorsorge treffen, daß gemeinschaftliche Aufgaben leistbar bleiben. Durch Rahmenbedingungen muß das weitere Zusammenwachsen der Völker gefördert werden.

Die Integration der neuen Bundesländer in die EG ist eine herausragende Aufgabe der kommenden Jahre. Die denkbare Integration weiterer Länder darf nicht dazu führen, daß das soziale und wirtschaftliche Gefälle innerhalb der Gemeinschaft noch verschärft wird. Dazu bedarf es großer Anstrengungen aller. Vor allem sind die EG-Instrumente wie Regionalfonds, Strukturfonds, Agrarstrukturfonds und Sozialfonds so zu verbessern, daß benachteiligte Regionen in ihrer Entwicklung nachhaltig gefördert werden.

Die Öffnung Mitteleuropas und der Wandel in Osteuropa dürfen nicht zu einer Lockerung der gewachsenen Westbindung führen. Andererseits ist der Prozeß einer neuen europäischen Ordnung aktiv zu fördern. Dies muß mit einer Stärkung föderativer Elemente einhergehen.

Die Europäische Gemeinschaft muß auch weiterhin daran mitarbeiten, den Nord-Süd-Konflikt zu überwinden. Schon jetzt zeigt sich, daß sich immer mehr Menschen zur Armutswanderung gezwungen sehen. Ziel dieser Armutswanderung sind wesentlich die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Hier auf muß die EG mit einer aktiven Einwanderungspolitik und Wirtschaftshilfen an die Ursprungsländer antworten.

Die Armutprobleme dieser Welt können nicht durch Abwandern in andere Länder gelöst werden. Deshalb haben die reichen und demokratisch verfaßten Länder die Aufgabe, weltweit Bedingungen zu ermöglichen, daß Menschen nicht zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden. Wir werden gründliche Informations- und Bildungsarbeit über die ungerechten Strukturen der Weltwirtschaft leisten sowie durch praktische Solidaritätsarbeit, durch Projekte und Partnerschaften die Zusammenarbeit fördern und dafür den finanziellen Einsatz des Landes stärken.

Wir streben die Vereinigten Staaten von Europa an. Unser Ziel ist ein friedliches, wirtschaftlich, sozial und ökologisch verantwortliches Europa, das seine Teilung und nationalstaatlichen Konflikte überwunden hat und das die kulturelle Vielfalt seiner Länder bewahrt.

Stichwortverzeichnis

- Abfall-Recycling 26
Abfallvermeidung 26
Abwasserversorgung 35
Agrarpolitik 28
Altlastengesetz 26
Arbeitslosigkeit 14
Armut 14
Atomtechnologie 27
Ausbildungsgarantie 17
Bafög 15, 20
Behinderte 14, 16, 18, 23
Beratungseinrichtungen 13, 15
Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft 10
Bezahlte Bildungszeit 8
Bildung 18, 19
Bodenschutz 26
Breitenkultur 21
Datenschutz 36
Energiekataster 26
Energiespargesetz 26
Familienpolitik 15
Finanzausgleich, kommunaler 10, 33
Forschungsförderung 20
Forschungszentren 20
Frauenbeauftragte 13
Frauenforschung 20
Frauenhäuser 13
Frauenministerium 13
Fremdenverkehr 31
Ganztagsschulen 17, 18
Gentechnologie 27
Gesamtschulen 18
Gesundheitspolitik 25
Gleichstellungsstellen 13
Handwerk 8, 9
Hochwasserschutz 27
Industriepolitik 8
Investitionsbank Rheinland-Pfalz 8, 11
Jugendbildungsreferent 17
Jugendbildungsstätte des Landes 17
Jugendpflege 17
Jugendverbände 17
Jugendzentrum 17
Kindergartenplatz 15
Kindergeld 15
Kommunale Selbstverwaltung 33
Landesleitstelle Älterwerden in RLP 23
Langzeitarbeitslosigkeit 14
Lernmittelfreiheit 15, 18
Luftverschmutzung 26
Mandatssicherungsgesetz 34
Medienlandschaft 8, 21
Milchquotenregelung 28, 29
Militärflughafen 11
Militärische Lasten 10, 11
Mitbestimmung 18, 20, 34
Mittelständische Betriebe 8, 9
Musikhochschule 21
Musikschulen 21
Öffentlicher Personenverkehr 12
Offene Kanäle 21
Park & Ride 12
Pflegebereich 14, 23
Psychiatrie 25
Pflegeversicherung 23
Regierungssitz 38
Rentenversicherung 24
Rheinland-Pfalz Büro 9
Selbstbestimmungsrecht über die eigenen Daten 36
Sonderabfälle 26
Soziale Schutzrechte 10
Sozialverträglichkeitsprüfung 14
Schwangerschaftsabbruch 13
Schwerbehinderten-Vertrauensleute 34
Straßenverkehrsnetz 12
Strukturpolitik 8
Tage neuer Kultur 21
Teilzeitarbeit 13
Umweltschutz 6, 26, 27
Unterrichtsausfall 18
Verbandsklagerecht 27
Verbraucherberatungsstellen 30
Vereine 33
Volksbegehren, Volksentscheid 36
Weinwirtschaftsräte 31
Wohnungsbaudarlehen 16
Wohnungsbaupolitik 16, 17, 23



Bibliothek der FES



1210587

